

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

B 33/65
18. August 1965

Kommunistische Tätigkeit
in der Bundesrepublik
im Jahre 1964

In dieser Ausgabe wird der Bericht des Bundesministeriums des Innern über die kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1964 abgedruckt.

Zur Tätigkeit der Rechtsradikalen siehe „Aus Politik und Zeitgeschichte“, B 11/65.

Herausgeber:

Bundeszentrale für politische Bildung,
53 Bonn/Rhein, Berliner Freiheit 7.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT, 2 Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23, Tel. 34 12 51, nimmt gern entgegen:

Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und
Zeitgeschichte“

Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung
DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum
Preise von DM 2,— monatlich bei Postzustel-
lung

Bestellungen von Sammelmappen für die Bei-
lage zum Preise von DM 5,— zuzüglich Ver-
packungs- und Portokosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus
Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Mei-
nungsäußerung der herausgebenden Stelle
dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung
und Urteilsbildung.

Kommunistische Tätigkeit in der Bundesrepublik im Jahre 1964

A. Ziele und Taktik kommunistischer Bestrebungen

Im Jahre 1964 war Hauptziel der Arbeit von KPD und SED, die Anerkennung des SBZ-Regimes zu erreichen. Daneben haben die Kommunisten erneut bestätigt, daß sie die *Wiedervereinigung nur unter einem kommunistischen Regime* wollen.

Dieses Ziel verfolgen SED und KPD gemeinsam. Sie erklärten zum 8. Jahrestag des KPD-Verbotes:

„SED und KPD sind fest verbunden durch die Gemeinsamkeit der marxistisch-leninistischen Weltanschauung. Sie stehen in enger Kampfgemeinschaft gegen den deutschen Imperialismus, von dem gegenwärtig die größte Gefahr für den Frieden in Europa ausgeht. SED und KPD eint das Streben nach einer gesicherten Friedensordnung, nach einer glücklichen Zukunft der deutschen Nation in einem geeinten sozialistischen Vaterland. Darin sehen sie den geschichtlichen Auftrag der gesamten deutschen Arbeiterklasse.“

Die marxistisch-leninistische Weltanschauung ist der Kommunismus. Ganz Deutschland soll also kommunistisch werden. Beide Parteien wissen, daß eine solche Wiedervereinigung in naher Zukunft nicht zu verwirklichen ist. Die KPD wird durch die Bevölkerung, insbesondere die Arbeiterschaft, kaum unterstützt. Deshalb versucht sie nach der bewährten Taktik des Weltkommunismus, zunächst die „*Aktionseinheit*“ mit nicht-kommunistischen Arbeitern herzustellen und eine „*Volksbewegung*“ gegen die verfassungsmäßig gebildeten Ordnungselemente der Bundesrepublik zu schaffen.

Als eines der taktischen Mittel diente der Versuch, mit großem agitatorischem Aufwand ein „offenes deutsches Gespräch“ zwischen nicht-kommunistischen Persönlichkeiten der Bundesrepublik, Funktionären des SBZ-Regimes und der KPD zustande zu bringen.

Diese Werbung für das „offene deutsche Gespräch“ zeigte, daß es den Kommunisten zur Zeit vor allem darauf ankommt, die politische Anerkennung des SBZ-Regimes und seiner „Grenzen“ sowie die Anerkennung Berlins

(West) als dritten und selbständigen Teil Deutschlands zu erreichen.

Daneben dauerten die agitatorischen Angriffe gegen die Bundesrepublik, gegen ihre Verfassungsorgane, ihre politischen Repräsentanten und Parteien an. Ziel dieser Angriffe ist es, jegliche politische Autorität zu untergraben, das Staatswertgefühl der Bevölkerung der Bundesrepublik und ihre Verteidigungsbereitschaft zu zersetzen sowie schließlich das Ansehen der Bundesrepublik in der Welt zu beeinträchtigen.

SED und KPD haben auch 1964 ihre Angriffe gegen die Bundesrepublik in enger Zusammenarbeit mit ausländischen kommunistischen Parteien — insbesondere den osteuropäischen — betrieben. Die internationalen kommunistischen Hilfsorganisationen hatten daran erheblichen Anteil.

Die KPD setzt alles daran, ihre Isolierung zu durchbrechen. Immer wieder weist sie ihre Funktionäre an, im Bundesgebiet „legal“, d. h. offen zu arbeiten und die geheime Arbeit auf das unbedingt Notwendige zu beschränken. Die Devise lautet: „Illegal soviel wie nötig, legal soviel wie möglich.“

INHALT

- A. Ziele und Taktik kommunistischer Bestrebungen
- B. Die SED leitet
- C. Schwerpunkte politischer Tätigkeit
- D. Kommunistische Arbeit unter den Gastarbeitern
- E. Die Organisation der KPD
- F. Kommunistisch beeinflusste Organisationen
- G. Tätigkeit in Berlin (West)
- H. Tätigkeit sonstiger sowjetzonalen Organisationen
- I. Entwicklung des Reiseverkehrs über die Demarkationslinie
- K. Strafverfahren in Staatsschutzsachen
- L. Gesamtbeurteilung

B. Die SED leitet

Eine Kommission des Politbüros und eine Abteilung des Zentralkomitees der SED in Ostberlin leiten die kommunistische Tätigkeit gegen die Bundesrepublik.

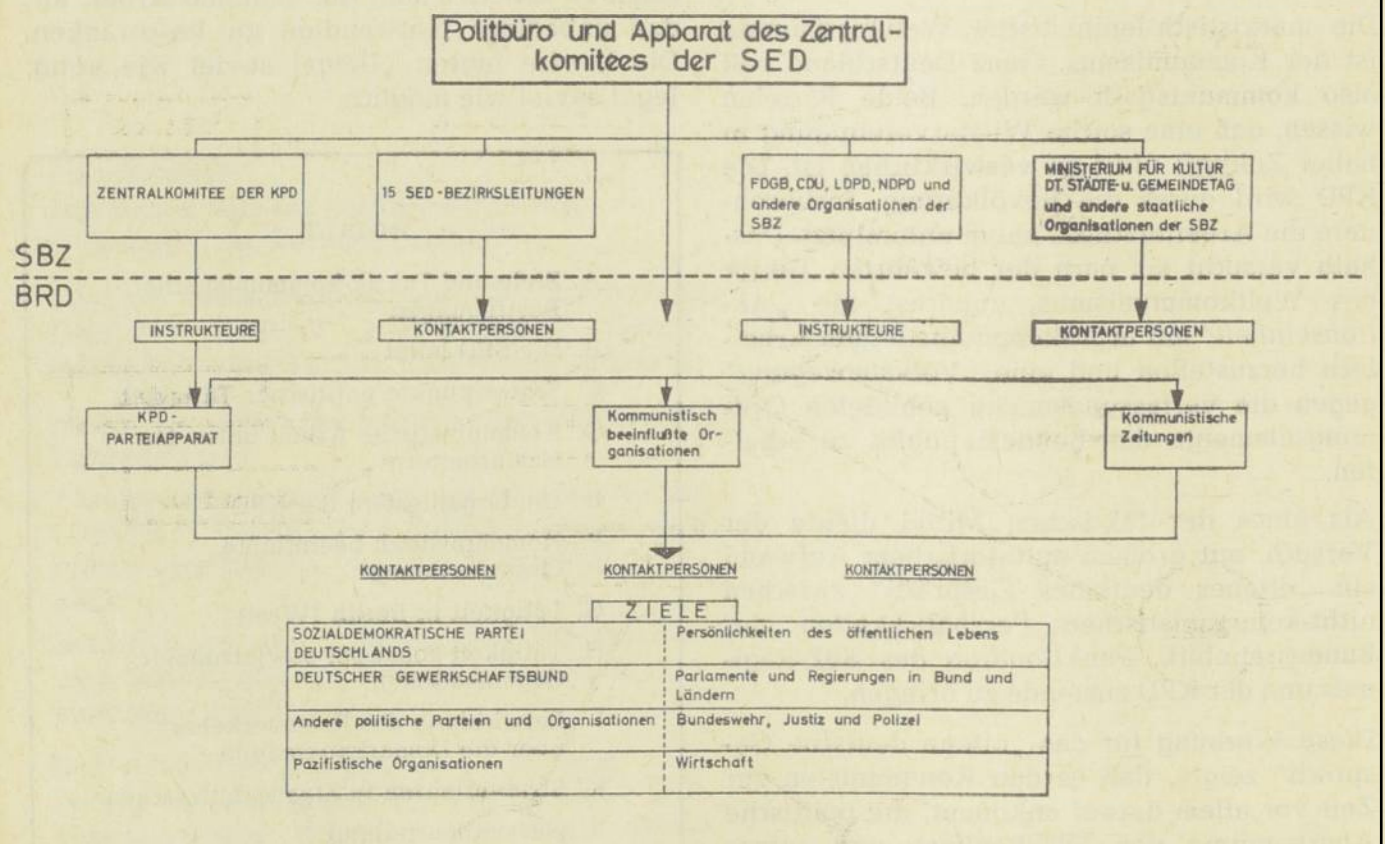
Nach den Direktiven dieser zentralen Instanzen arbeiten die SED-Bezirksleitungen, die illegale KPD, die „Blockparteien“, der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB), die anderen sowjetzonalen Massenorganisationen

sowie einige Verwaltungsorgane der Sowjetzone (Ministerium für Kultur, „Deutscher Städte- und Gemeindetag“ u. a. m.) gegen die Bundesrepublik.

Die folgenden *Schaubilder 1 und 2* zeigen das System der Steuerung des kommunistischen Angriffs bzw. die räumliche Zuständigkeit der SBZ-Bezirksorganisationen für die Arbeit gegen die Bundesrepublik.

Schaubild 1

Die Steuerung des kommunistischen Angriffs gegen die BRD



Die Zuständigkeit der SED-Bezirksorganisationen
für die Arbeit gegen die Bundesrepublik
(" Patenschaftsgebiete ")

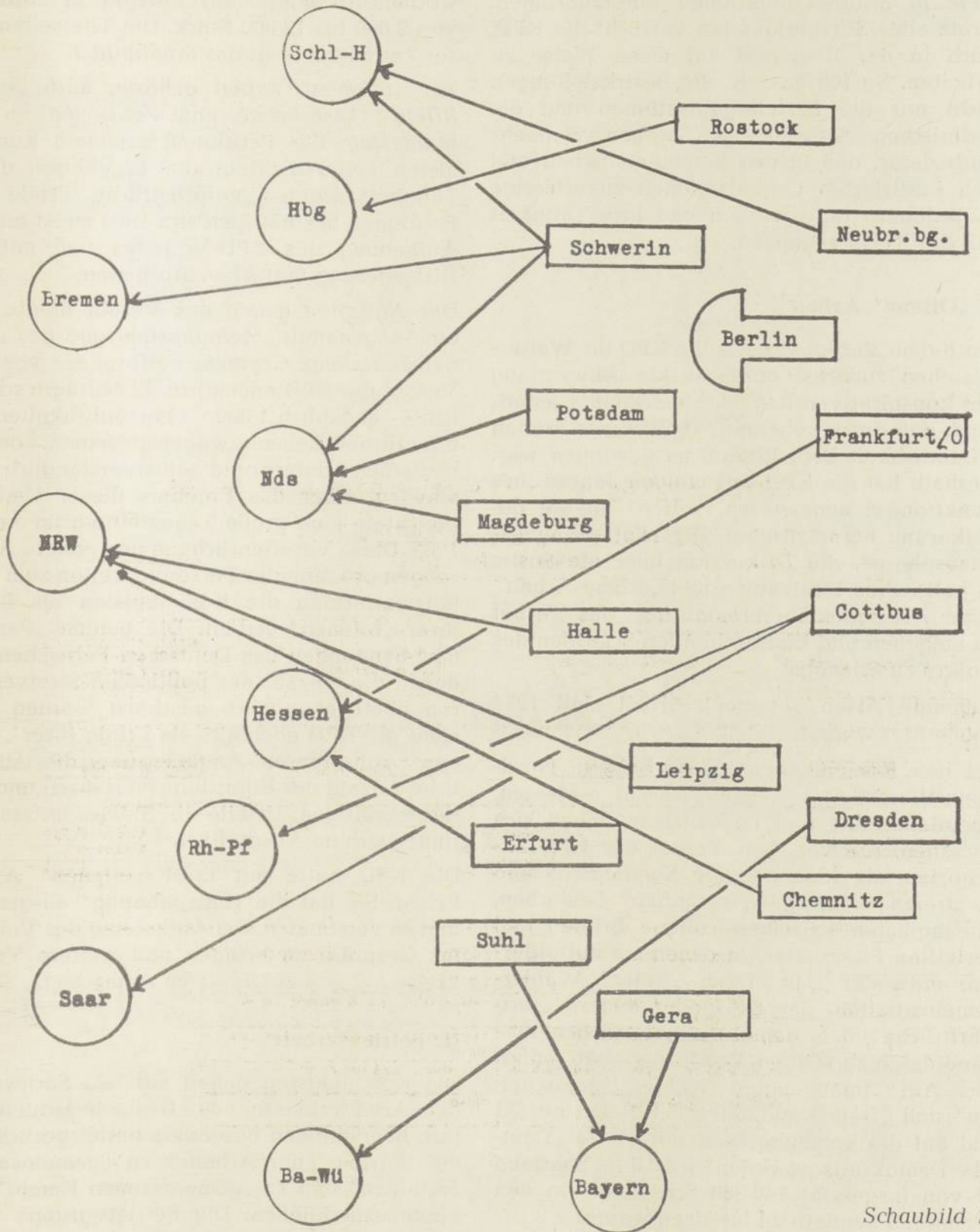


Schaubild 2

C. Schwerpunkte politischer Tätigkeit

Die KPD beansprucht wie alle kommunistischen Parteien die „führende Rolle“ gegenüber anderen politischen Kräften. Um diesen Anspruch in der Praxis durchzusetzen, bedient sie sich ihrer Hilfsorganisationen. Ferner versucht sie, andere politische Organisationen für ihre Ziele auszunutzen. Die wichtigsten Mittel sind, derartige Organisationen finanziell abhängig zu machen und zuverlässige Funktionäre in Schlüsselfunktionen unterzubringen. Trotz aller Schwierigkeiten versucht die KPD, auch in der Illegalität auf diese Weise zu arbeiten. So führen z. B. die Bezirksleitungen nicht nur die Parteiorganisationen und die technischen Apparate; sie sorgen vielmehr auch dafür, daß in den kommunistischen und den infiltrierten Organisationen zuverlässige Funktionäre tätig werden und ihre Tätigkeit mit der KPD abstimmen.

I. „Offene“ Arbeit

Nach dem Verbot sicherte die KPD ihr Weiterbestehen zunächst durch strikte Anwendung der konspirativen Regeln. Sie erkannte jedoch bald, daß durch geheime Arbeit in der breiten Öffentlichkeit kein Einfluß zu gewinnen war. Deshalb hat die KPD seit einigen Jahren ihre Funktionäre angewiesen, „offen“ an die Bevölkerung heranzutreten. Die „Entspannungsatmosphäre“, die Diskussion über die Justiz in politischen Strafsachen und „offene Arbeit“ jeder Art sollen ihr ermöglichen, das Verbot zu umgehen und Einfluß in allen Schichten des Volkes zu erlangen.

Folgende Arten „offener“ Arbeit sind 1964 beobachtet worden:

Bei den Kommunalwahlen in Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und im Saarland haben sich Personen, die vor dem Verbot der KPD angehörten, als „unabhängige Kandidaten“ und in „freien Wählergemeinschaften“ beworben. Kommunisten schrieben „offene Briefe“ und verteilten Flugblätter, in denen sie aufforderten, entweder Kandidaten „freier“ Wählergemeinschaften, der DFU oder andere „fortschrittliche“, d. h. den Kommunisten genehme Kandidaten zu wählen. Der Erfolg blieb jedoch aus. Auf „unabhängige Wählergemeinschaften“ und „freie Kandidaten“ entfielen nur 11 und auf die kommunistisch infiltrierte „Deutsche Demokratische Union“ (DDU) im Saarland 37 von insgesamt 140 360 Sitzen, die in den genannten Ländern zu besetzen waren.

Nach einer anderen Methode der „offenen“ Arbeit wenden sich Personen, die vor dem Verbot Mitglieder oder Funktionäre der KPD waren, mit *Zeitungen* an die Öffentlichkeit, in denen sie in allen wesentlichen Fragen die politische Linie der KPD vertreten. Diese Blätter sind sowohl für Parteimitglieder als auch für breitere Bevölkerungsgruppen bestimmt. 1964 erschienen 9 derartige Zeitungen wöchentlich oder vierzehntägig in Auflagen von 2 000 bis 12 000 Stück. Die Titelseiten dieser Zeitungen zeigt das *Schaubild* 3.

Zur „offenen“ Arbeit gehören auch „*offene Briefe*“, *Leserbriefe* und *Petitionen an den Bundestag*. Für Petitionen sammeln Kommunisten Unterschriften; die Ergebnisse dieser Tätigkeit werden veröffentlicht. Briefe und Petitionen beschäftigen sich 1964 meist mit der Aufhebung des KPD-Verbotes und mit der Diffamierung von Abwehrorganen.

Der Agitation gegen das Verbot diente z. B. eine sogenannte *Meinungsumfrage* des Journalisten Heinz Czymek, Bottrop, der vor dem Verbot der KPD angehörte. Er befragte schriftlich — angeblich 1 000 — Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wobei er seinen kommunistischen Hintergrund selbstverständlich verschwieg. Über das Ergebnis dieser Umfrage berichtete eine große Tageszeitung im Januar 1965. Diese Veröffentlichung und andere Äußerungen prominenter Persönlichkeiten zum Verbot betrachten die Kommunisten als Erfolg ihrer „offenen“ Arbeit. Die beiden „Panorama“-Sendungen des Deutschen Fernsehens, in denen die Anzahl der politischen Strafverfahren übertrieben hoch geschätzt worden war, sieht die KPD ebenfalls als Erfolg ihrer „offenen“ Agitation an. Angaben über die tatsächliche Anzahl der Ermittlungsverfahren und der rechtskräftigen Urteile in Staatsschutzsachen finden sich im Abschnitt K.

Die KPD hatte mit ihrer „offenen“ Arbeit Erfolg. Sie hat die „Entspannung“ ausgenutzt und es verstanden, die Aufhebung des Verbots ins Gespräch zu bringen und weitere Volkskreise auf sich aufmerksam zu machen.

II. Betriebsarbeit

Die Kommunisten geben sich als Sachwalter der Arbeiterklasse aus. Deshalb richten sie ihre Bemühungen besonders nachdrücklich auf die Betriebe, um Arbeiter zu „gemeinsamen Aktionen“ und zu „gemeinsamem Kampf“ zusammenzuschließen. Die Betriebsgruppe wird

Schreibt den Abgeordneten - Notstandsge...

NEUES ECHO

ZWISCHEN WESER UND EMS

11. September 1964

Preis 10 Pfennig

121440 C

Bonn sabotiert erneut

...inregelung



Information

Mit Fernsehprogramm au

Carl Heinrich Meyer frei

Im Keller des hannoverschen Gelängnisses:



In diesem Bau des Landgefängnisses

15000 beim Antikriegstat

"ABRÜSTUNG machen WIR de

15000 Teilnehmer nahen am 11. September ...

Die Teilnehmer nahen am 11. September ...

Die Teilnehmer nahen am 11. September ...

MIT FERNSEHPROGRAMM

Blinkfiter

30 Pf

31/29, 11

SS marse

1945 ...

1945 ...

1945 ...

Mit Ost- und West-Fernsehprogramm

Freies Wort

ZEITUNG FÜR DAS I...

4. Jahrgang, Nr. 18

Fernsehprogramm Ost und West

Frankfurter Bote

Zeitung für Leser mit eigener Meinung

30 Pfennig

Erste September-Ausgabe 1964

offen und frei

1. Jahrgang, Nr. 12, 49 Pf.

2. Juni-Ausgabe 1964

STUTTGART

Wehner hält Lübkes Steigbü...

SPD-Mannheim-Land fordert eigenes sozialdemokratisches Kandidat...

Jetzt will von Hassel an unsere Frauen rekr...

Lesen Sie heute:

- Die ...
- ...
- ...

tatsachen

tribüne

Für Frieden, Freiheit und Demokratie

8. Jahrgang, 1. Jahrgang, 5. Oktober 1964, Preis 10 Pfennig, Nr. 20

Zweimal Jubiläum

15 Jahre Deutsche D...

im Statut als wichtigste Grundorganisation bezeichnet. Daneben arbeiten Mitglieder einzeln in Betrieben, wenn ihre Zahl nicht ausreicht, eine Betriebsgruppe zu bilden (Stützpunkte).

Die KPD unterhielt Ende des Jahres 1964 in über 300 Betrieben *Betriebsgruppen oder Stützpunkte*.

1956 hatten 1 400 Betriebsgruppen bestanden, deren Tätigkeit überwiegend mit dem Verbot endete. Der Wiederaufbau der Betriebsarbeit ist der KPD nur in bescheidenem Umfang gelungen.

Durch *soziale Agitation* in den Betrieben wollen die Kommunisten den Boden für ihre *politische Agitation* und für *Aktionen* vorbereiten. Jedoch waren bisher alle Versuche erfolglos, Streiks zu organisieren oder auszuweiten.

Ein weiterer wichtiger Bereich der kommunistischen Betriebsarbeit sind die *Betriebsratswahlen*. Bei den letzten Betriebsratswahlen (1963) ging der kommunistische Anteil leicht zurück. Trotz intensiver Vorarbeit und auf-

wendiger Agitation durch Flugschriften und Betriebszeitungen gelang es den Kommunisten im allgemeinen nicht, ihre Positionen zu verbessern. Einzelerfolge waren u. a. darauf zurückzuführen, daß die kommunistischen Betriebsangehörigen seit dem Verbot ihre politische Einstellung verschleiert hatten. Einigen war es gelungen, auf Einheitslisten der Gewerkschaften nominiert und gewählt zu werden; andere gewannen in Betriebsräten Stimmen nicht-kommunistischer Vertreter und erlangten Spitzenpositionen auch dort, wo sie keine Mehrheit hatten.

Eine Analyse der Ergebnisse der letzten Betriebsratswahlen in 1 399 Mittel- und Großbetrieben, bei denen mit kommunistischen Einflüssen zu rechnen war, zeigte: In diesen Betrieben wurden 17 627 Betriebsräte gewählt. Davon sind 244 (1,4 %) in der KPD tätig, 765 (4,3 %) sympathisieren mit den Kommunisten. Dieses Ergebnis ist jedoch nicht repräsentativ für alle Betriebe in der Bundesrepublik.

Die nachstehenden *Aufstellungen* zeigen, wie sich diese Zahlen auf Länder und Wirtschaftszweige erteilen:

Verteilung auf Länder

Land	Be- triebe	Betriebs- ratsmitgl.	KPD- Mitgl.	%	KPD- Sympath.	davon		
						%	davon	
							Vors.	Vorst.-Mitgl.
Baden-Württemberg	161	2 337	46	2,0	89	3,8	11	2
Bayern	136	1 484	5	0,3	72	4,9	17	5
Bremen	12	220	4	1,5	7	4,4	—	4
Hamburg	25	405	14	3,5	2	0,5	—	—
Hessen	52	1 088	13	1,2	40	3,7	11	4
Niedersachsen	441	4 063	35	0,9	196	4,8	10	9
Nordrhein-Westfalen	421	6 182	95	1,5	309	5,0	—	—
Rheinland-Pfalz	33	436	17	3,9	21	4,8	2	1
Saarland	59	789	9	1,1	16	2,0	3	4
Schleswig-Holstein	59	623	6	1,0	13	2,2	—	—
zusammen:	1 399	17 627	244	1,4	765	4,3	54	29

Leser sind willkommen! Freiheit für die KPD!



DAS LIGHT
Zeitung der KPD für die Eisenbahn Arbeiter, Nürnberg

Der Metallarbeiter

DER ANILINER
BETRIEBSZEITUNG DER KPD FÜR DIE ANILINER

Volldampf

Betriebszeitung der KPD für die Eisenbahn Arbeiter

Walter Ulbricht

Ein Leben im Dienste der Arbeiterbewegung



Alle Werktätigen
friedliebenden und ne
gungenen Bundesbrü

Die Wespe

Lohnverhandlungen gut vorbereiten!

Am 20. und 21. März 1954 haben die Aniliner Arbeiter...
Die Aniliner Arbeiter haben sich...
Die Aniliner Arbeiter haben sich...

Die Aniliner Arbeiter haben sich...
Die Aniliner Arbeiter haben sich...



Blindheit der Arbeiterklasse

DEB-KONGRESS

ändern

Echo von Links

STUNDE DER KRAFTFAHRE

glied der KPD

Der Halberger

Betriebszeitung der KPD für Holzbau Arbeiter

Mitbestimmung

Die Einheit

der KPD-Organ für die Arbeiter

Der Arbeiter

Das ist eine Summe der...
Das ist eine Summe der...
Das ist eine Summe der...

Der Greifer

Betriebszeitung der KPD für die Arbeiter

Aufruf zum Frieden!

DER Städt. Bese

Betriebszeitung der KPD der Stadtwerke

MOTOR

Chemie

Die Stauhaken

Der Wackepicker

Betriebszeitung der KPD für die Bergbauarbeiter

Es ist Zeit zu handeln!
Die Arbeiter sind...
Die Arbeiter sind...

DAS SIGMA

Der Blechmacher

Verteilung auf Wirtschaftszweige

Wirtschaftszweige	Betriebe	Betriebsrats- mitglieder	davon	
			KPD-Mitgl.	KPD- Sympathis.
Metall, einschließlich Werften	627	8 629	146	408
Bergbau	220	3 199	45	164
Chemie	97	1 201	20	31
Öffentlicher Dienst und Versorgungsbetriebe	65	742	8	45
Sonstige Betriebe	390	3 856	25	117
zusammen:	1 399	17 627	244	765

Eine wichtige Aufgabe der kommunistischen Betriebsgruppen ist es, *Betriebszeitungen* als Instrumente der Agitation und der Organisation herzustellen und zu verbreiten. Sie wenden sich an Mitglieder und andere Arbeiter des Betriebes. In Wort und Karikatur behandeln sie aktuelle Betriebsfragen aus kommunistischer Sicht.

Vor dem Verbot hatte die KPD etwa 500 Betriebszeitungen. 1964 erschienen dagegen 39 derartige Publikationen mit einer gewissen Regelmäßigkeit (4—6 Wochen). Daneben stellte die KPD noch weitere 40 Betriebszeitungen her, die jedoch nur ein- bis zweimal im Jahr erschienen. 76 Betriebszeitungen wurden im Abzugsverfahren hergestellt und drei gedruckt. Sie hatten meist Auflagen von 300 bis 600 Exemplaren. Das *Schaubild 4* zeigt die Aufmachung solcher Betriebszeitungen.

III. Schulung

Die KPD legt großen Wert darauf, ihre Mitglieder ideologisch und politisch zu schulen. Schulungen in den Grundorganisationen sind ziemlich selten. Die KPD bedient sich vielfach auch „marxistischer Bildungszirkel“, die offen Vorträge und Diskussionsabende veranstalten.

Der Schulung dienen auch Besprechungen anleitender Funktionäre mit ihren Gehilfen. Weitere Schulungsmittel sind das Zentralorgan „Freies Volk“, das einen vierseitigen Schulungsbrief enthält, und die Zweimonatsschrift „Wissen und Tat“.

Zur Schulung gehören ferner „Studienreisen“ der Mitglieder in die Sowjetzone und die Sowjetunion. Am wichtigsten sind aber Schulungen in der Sowjetzone. Die KPD hat eine Schule für Kurzlehrgänge in Oderberg, Kreis Frankfurt/Oder. Seit dem Verbot haben dort rund 1 500 Mitglieder an etwa 120 Lehrgängen teilgenommen.

Jahreslehrgänge finden an der Parteihochschule „Ernst Thälmann“ in Groß Dölln (Schorfheide) statt. Dort werden gelehrt:

- „Wissenschaftlicher Sozialismus“
- „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“
- „Politische Ökonomie“
- „Lehre von der Partei“.

Außerdem werden aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Probleme vorgetragen. Bisher haben rund 150 bewährte Mitglieder diese Schule absolviert. Z. T. haben sie inzwischen bereits höhere Funktionen erhalten.

Die KPD hat auch ausgewählte Funktionäre zu Jahres- und Zweijahresschulungen in die Sowjetunion entsandt.

Insgesamt hat die KPD durch ihre jahrelang betriebene Schulung einen Stamm von Funktionären herangebildet, der fähig ist, sowohl Organisationen auf mittlerer und unterer Ebene zu leiten als auch die Politik der Partei zu vertreten.



IV. Agitation

Von der Sowjetzone aus betreiben SED, KPD und ihre Hilfsorganisationen sowie staatliche Institutionen eine umfangreiche Agitation gegen die Bundesrepublik durch Zeitungen, Broschüren, Flugblätter, Fernsehen, Rundfunk u. a. m. Gruppen von Spezialisten bereiten immer neue Agitationskampagnen vor. Nach Millionen zählen die Agitationsschriften, die in Schulklassen, Altersheimen und anderen Gemeinschaftseinrichtungen versandfertig gemacht werden.

Auch die im Bundesgebiet erscheinenden kommunistischen und prokommunistischen Publikationen (Parteizeitungen, Lehrmaterial, Betriebszeitungen, Tarnblätter, offene Zeitungen, Zeitschriften und Informationsdienste) erreichten hohe Stückzahlen (1964 zusammen etwa 8,5 Millionen).

Zu dieser Agitation leisten wesentliche Beiträge: die Ostblockstaaten, die kommunistischen Parteien — vor allem Europas — und die internationalen Hilfsorganisationen, der „Weltgewerkschaftsbund“ und der „Weltfriedensrat“.

Ziel dieser vielfältigen massiven Agitation ist, die westdeutsche Bevölkerung ihrem Staat zu entfremden, ihren Widerstandswillen zu schwächen und die Bundesrepublik im Ausland herabzusetzen, um dadurch ihre politische Handlungsfähigkeit zu beeinträchtigen.

1. Einschleusung von Agitationsschriften aus der Sowjetzone

Auch 1964 sind viele Millionen derartiger Schriften eingeschleust worden.

Titelseiten solcher Schriften zeigt das *Schaubild 5*.

Der größte Teil gelangte in Briefen in die Bundesrepublik. Kleinere Mengen sind geheim durch Kuriere verbreitet sowie in schwimmenden Plastikbällen eingeschleust worden.

Um die Einschleusung zu erleichtern, haben die Kommunisten 1964 auch aus Frankreich, Belgien, Dänemark und Österreich Schriften auf dem Postweg in das Bundesgebiet versandt. Die internationale kommunistische Zeitschrift „Probleme des Friedens und des Sozialismus“ kommt in zehntausenden von Stücken aus Prag in die Bundesrepublik.

2. Der sowjetzonale Rund- und Fernsehfunk ist an der Agitation gegen die Bundesrepublik ebenfalls beteiligt. 1964 strahlten der „Deutschlandsender“, „Radio DDR“, der „Ber-

liner Rundfunk“, die „Berliner Welle“ und „Radio Berlin International“ durch insgesamt 63 Sender je ein Programm über Lang-, Mittel-, Kurz- und Ultrakurzwellen aus.

Diese Sender sind meist nur im Zonengebiet und in Berlin (West) zu empfangen. Der „Deutschlandsender“ kann jedoch im gesamten Bundesgebiet gehört werden. Einen Teil seiner Wortsendungen, die täglich 7—8 Stunden umfassen, räumt der „Deutschlandsender“ der KPD ein. 1964 haben z. B. Politbüromitglieder der KPD wiederholt im „Deutschlandsender“ gesprochen.

Der „Deutsche Fernsehfunk“ (DFF) strahlt sein Programm über 10 Sender aus, die im Zonenrandgebiet empfangen werden können, wie das *Schaubild 6* zeigt.

3. Presse und Funk der SBZ unterhalten im Bundesgebiet ein eigenes Korrespondentenetz (vgl. *Schaubild 7*).

Die Korrespondenten haben die Aufgabe, Nachrichten zu sammeln sowie Interviews, Bilder und Filme zu liefern, die sich politisch ausnutzen lassen. Die Vertreter des „Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes“, des „Deutschlandsenders“ und des „Neuen Deutschland“ in Bonn bemühen sich außerdem, Kontakte zu Journalisten im Bundesgebiet herzustellen. Über 300 sowjetzonale Journalisten, die 1964 das Bundesgebiet besuchten (1963 waren es knapp 100), beteiligten sich an dieser Arbeit.

4. Ein Sender der KPD, der „Deutsche Freiheitssender 904“ (DFS 904), in Burg, Bezirk Magdeburg, versuchte auch 1964 vorzutäuschen, er arbeite illegal in der Bundesrepublik und gewinne dort eigene Informationen. Der Sender wendet sich in erster Linie an Mitglieder; er bringt laufend Richtlinien für die Partearbeit. Funktionäre sind gehalten, ihn regelmäßig zu hören.

Bevorzugte Themen waren 1964: Lohnkämpfe, Urabstimmungen, Streiks, Zechenstilllegungen, die politische Strafjustiz in der Bundesrepublik, das KPD-Verbot und die Diskussion um den früheren Wehrbeauftragten. Je einmal wöchentlich wandte sich der DFS 904 an griechische und spanische Gastarbeiter in deren Muttersprache.

5. Beispiele für Themen und Aufmachung der sowjetzonalen Auslandsagitation sind dem *Schaubild 8* zu entnehmen.

Empfangsbereich des Deutschen Fernsehfunks (DFF) in der Bundesrepublik

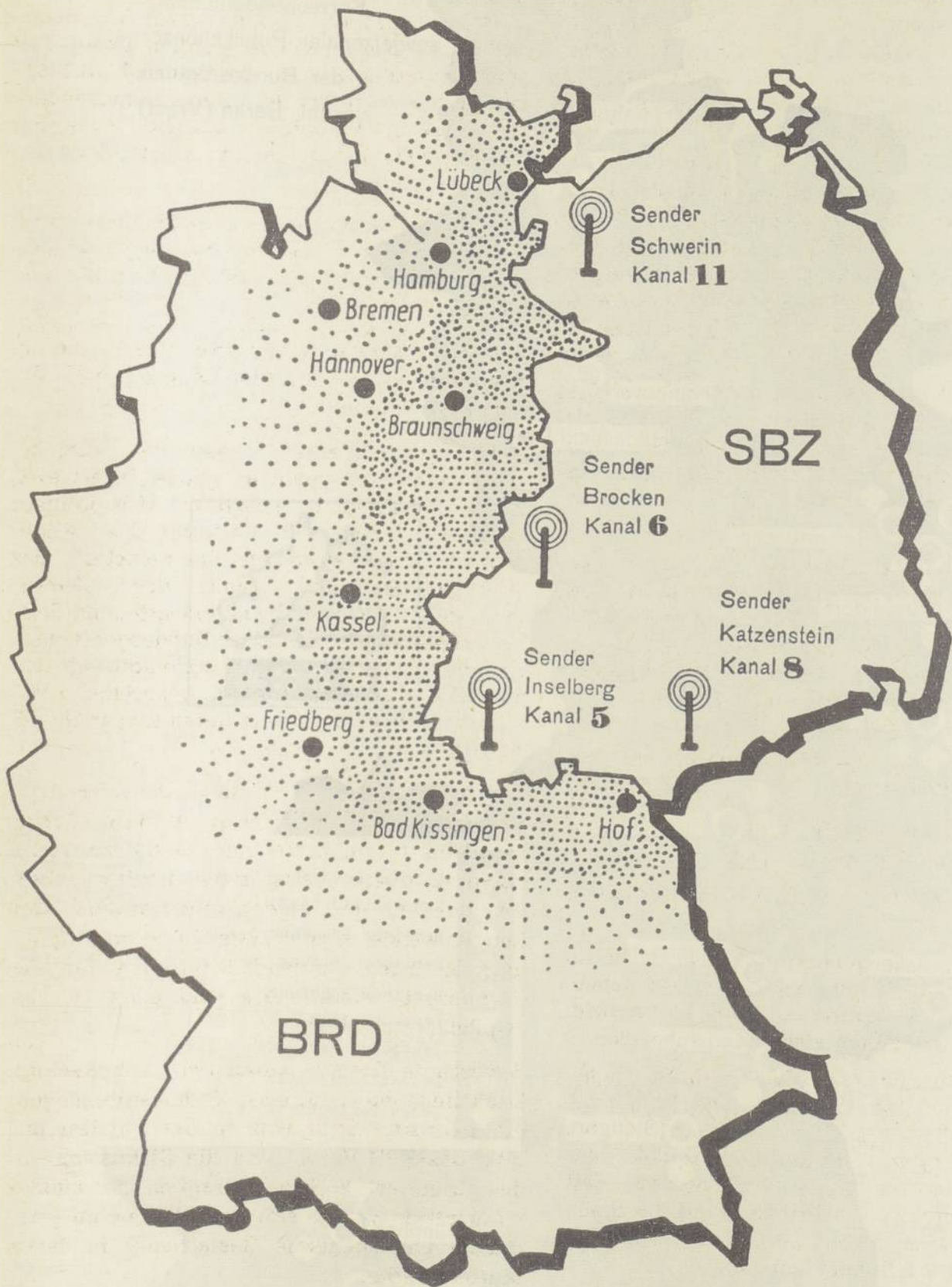
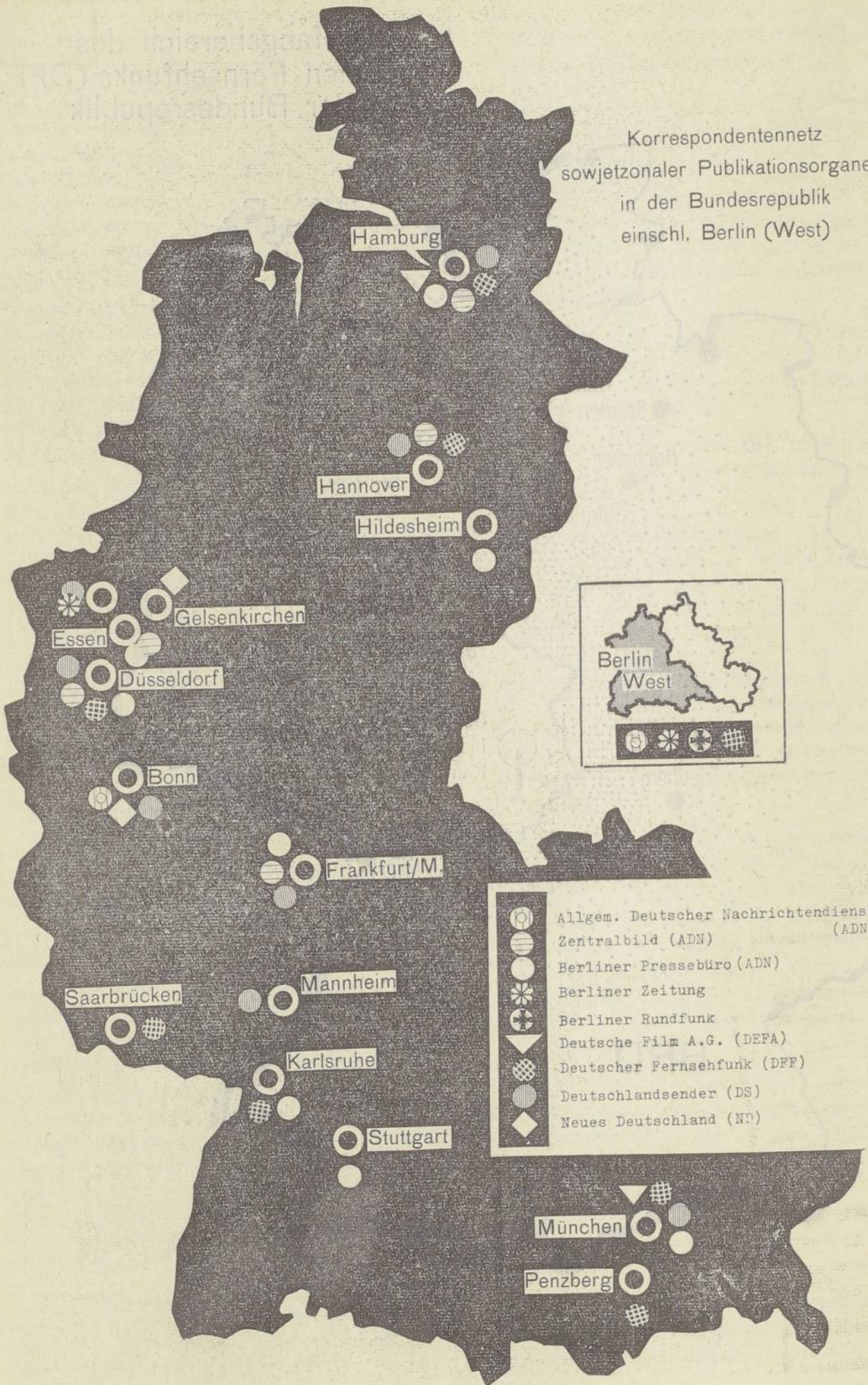


Schaubild 7

Korrespondentennetz
sowjetzonaler Publikationsorgane
in der Bundesrepublik
einschl. Berlin (West)



LA PUERTA DE LA PAZ WEISS BUCH

Hitlers Fallschirmjäger-Offiziere prägen den Geist der Bundeswehr

Ein Kriegsverbrecher an der Spitze der Bundeswehr

Keine Atomwaffen

Fantasies del senior Strauss

Die letzten deutschen Offiziere werden...
Die letzten deutschen Offiziere werden...
Die letzten deutschen Offiziere werden...

DIE KARRIERE DES GENERALS

Der Herr...
Der Herr...
Der Herr...

DER MODER VON GUERNICA

Der Herr...
Der Herr...
Der Herr...

DER JUNGE HERR GOEBBELS

Der Herr...
Der Herr...
Der Herr...

für die Zerstörer von Rotterdam

OBER DIE KRIEGSVERBRECHEN DES GENERALINSPEKTEURS DER BUNDESWEHR GENERAL HEINZ TRETTNER

HITLERS GENERALE GREIFEN NACH ATOMWAFFE

LIVRE BLANC

sur les crimes de guerre de l'inspecteur general de la Bundeswehr, le general Heinz Trettner

DOKUMENTE UND KOMMENTARE

Atomkraft - ein Einigung



Prof. Albert Norden, Vizepräsident des ZK der SED



Dokumentation über das Streben der Bonner Militärs nach Atomwaffen und über die Rolle des Generalinspektors der Bundeswehr

ITIENE USTED RAZON



JAMES W. FULBRIGHT SENADOR DE EE. UU.

Die Karriere des Generals Trettner

Herausgeber: Ausschuss für De

PESTER LLOYD

Der Sinn des Hillerschen Appells Die englische Staatsführung

ERNST LEMMER

Journaliste sous Goebbels Indicateur nazi

"ALEMANIA (OCCIDENTAL) ES UN PAIS MUY PELIGROSO."

Der Ministerpräsident...
Der Ministerpräsident...
Der Ministerpräsident...

6. Die Zersetzung der Bundeswehr

betreibt das sowjetzonale Verteidigungsministerium. 1964 brachte es neben anderem Zersetzungsmaterial Zeitschriften heraus, von denen 35 Ausgaben erschienen sind. Titel und Häufigkeit dieser Blätter sind den *Schaubildern 9 und 10* zu entnehmen.

Die Schriften wurden teils durch die Post ins Bundesgebiet befördert, teils heimlich eingeschleust und in Briefen an Soldaten, aber auch an Zivilpersonen versandt.

Auch die KPD betrieb durch ihren „Deutschen Soldatensender 935“ und durch Schriften Agitation gegen die Bundeswehr. Junge Mitglieder wies sie an, den Wehrdienst nicht zu verweigern, sondern in den Einheiten der Bundeswehr politisch zu arbeiten.

V. Angriffe gegen SPD und Gewerkschaften

1. Allgemeine Linie — „Aktionseinheitspolitik“

Die Kommunisten haben 1964 ihre „Aktionseinheitspolitik“ fortgesetzt und sich daher um „Zusammenarbeit“ sowohl mit den Führungen der SPD und des DGB als auch mit deren Mitgliedern und unteren Funktionären bemüht. Ulbricht hatte 1963 den Mißerfolg der „Aktionseinheitspolitik“ Stalin zugeschoben; im September 1964 machte er einen neuen Vorstoß und schlug in einer „Volkskammer“-Rede der SPD einen „Verständigungsfrieden“ vor. Beide Parteien sollten die Lehren aus der Geschichte ziehen und für den Frieden kämpfen. Nach dem SPD-Parteitag im November 1964 in Karlsruhe erklärten führende Kommunisten enttäuscht, die Beschlüsse zur MLF und Notstandsgesetzgebung widersprächen dem Willen der Mitglieder. Die SPD sei auf den Kurs der CDU/CSU eingeschwenkt. Die KPD werde aber dennoch eine „Verständigung“ mit der SPD anstreben.

Die Angriffe gegen die Gewerkschaftsführung sind seit den Beschlüssen des 6. DGB-Bundeskongresses im Oktober 1962 gegen Notstandsgesetzgebung und Atombewaffnung fast verstummt. Das Grundsatzprogramm des DGB vom November 1963 versuchten die Kommunisten als Basis für die „Aktionseinheit“ hinzustellen.

2. Gegen SPD

Die Verbindungsleute der Kommunisten — oft ausgeschlossene Sozialdemokraten — sammeln

Informationen aus der SPD, besonders über „oppositionelle Strömungen“ und leitende Funktionäre. Ferner beschaffen sie Adressen von SPD-Mitgliedern, denen Agitationsmaterial gesandt wird; auch werben sie für Veranstaltungen in der SBZ. Diese Tätigkeit erfolgte bisher meist konspirativ; 1964 aber begann die „offene“ Arbeit auch auf diesem Gebiet. Kommunisten offenbarten in Gesprächen oder kleineren Versammlungen ihren politischen Standpunkt und gelegentlich auch ihre Mitgliedschaft.

SED und KPD unterstützen ihre subversive Arbeit gegen die SPD durch Sendungen in Fernsehen und Rundfunk der Zone, durch ihre Presse und zahlreiche Flugschriften. In den Dienst dieser Agitation stellt das ZK der SED monatlich eine Zeitschrift „Sozialistische Briefe“, die an Sozialdemokraten im Bundesgebiet versandt wird.

Inhaltlich auf der Linie dieser Politik gegen die SPD liegt „Die andere Zeitung“, Hamburg, die wöchentlich in einer Auflage von 10 500 Exemplaren (1960 etwa 60 000; 1962 etwa 15 000; 1963: 13 000 Stück) erscheint. Ferner erscheinen im Bundesgebiet eine Anzahl kleinerer im gleichen Sinne gegen die SPD gerichteter Blätter (z. B. „Sozialistische Demokratie“, „Sozialistische Hefte“).

Die wegen ihrer Zusammenarbeit mit Kommunisten ausgeschlossenen SPD-Mitglieder sammelt die kommunistisch infiltrierte „Vereinigung Unabhängiger Sozialisten“ (VUS). Die VUS hat etwa 400 Mitglieder. Sie gibt monatlich die erwähnte Zeitschrift „Sozialistische Hefte“ in einer Auflage von 2 400 Exemplaren heraus.

Gegen SPD und Gewerkschaften arbeiten auch die „Sozialistische Studiengemeinschaft“ (SSG); die elf Gruppen in Industriestädten unterhält, und eine Reihe „Marxistischer Zirkel“.

3. Gegen Gewerkschaften

In dieser Gewerkschaftsarbeit waren die Kommunisten besonders aktiv. Gemessen an dem Aufwand, mit dem sie gearbeitet haben, war der Erfolg jedoch bescheiden.

a) Im Jahre 1964 haben sich auf Weisung der Partei viele KPD-Mitglieder in ihren Gewerkschaften, Betrieben und Betriebsräten offen als Kommunisten bekannt. Bei Gewerkschaftstagen versuchten sie, sich als Delegierte wählen zu lassen oder — wo das nicht gelang — Delegierte zu beeinflussen. Das ZK der KPD entsandte wie-

Wehrzersetzende Schriften

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER	1964
--------	---------	------	-------	-----	------	------	--------	-----------	---------	----------	----------	------

Soldatenbriefe

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

4

**wehr
politik**

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

6

Das
SOLDATENHEFT

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

2

**RÜHRT
EUCH**

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

6

Contra

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

12

**Wahre
Information für die
Truppe**

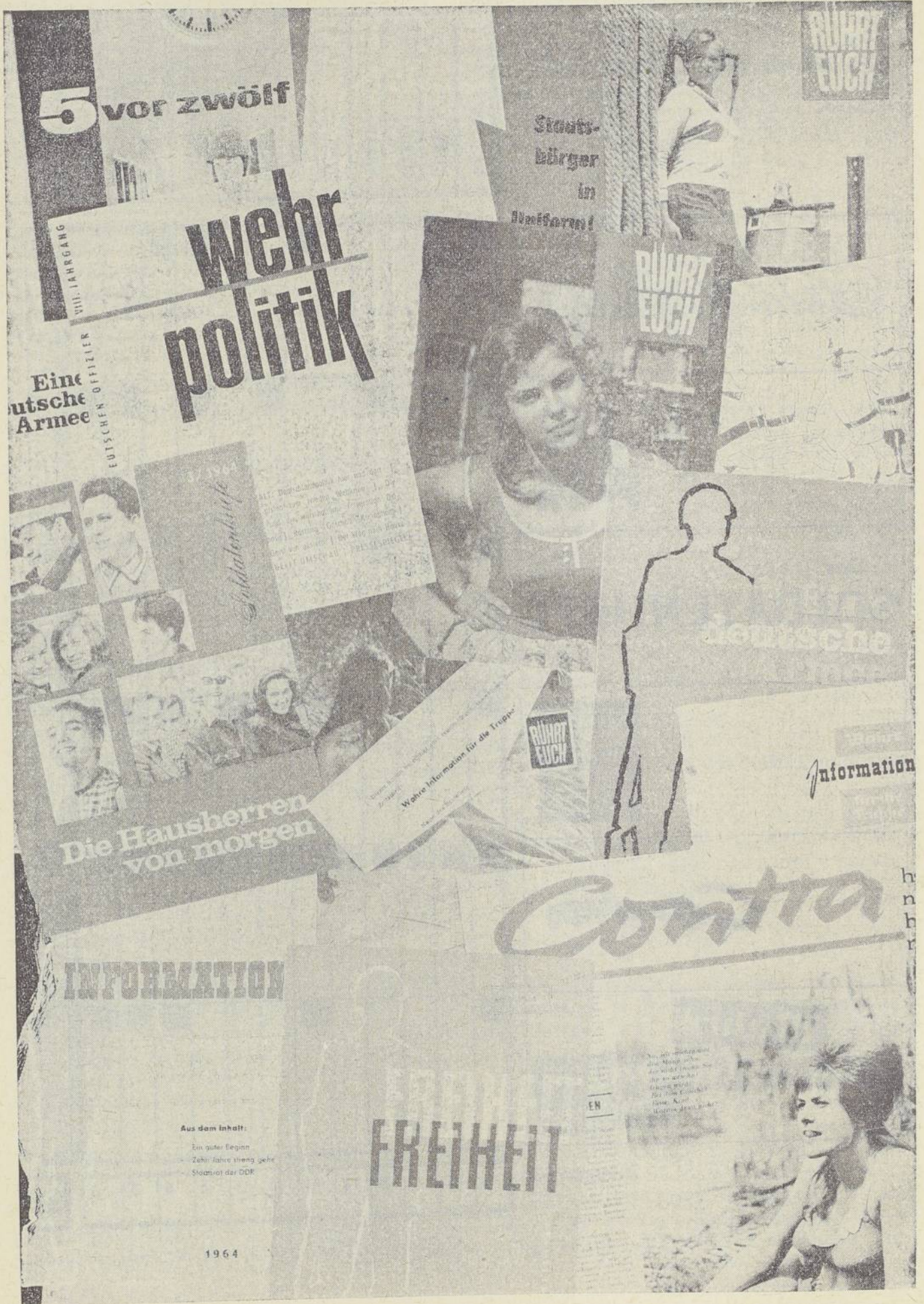
--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

5

Zusammen

6	1	1	3	1	4	2	2	3	4	4	4
---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---	---

35



Aus dem Inhalt:

- Ein gutes Begin...
- Zehn Jahre streng geh...
- Staatsof der DDR

derholt Mitglieder der „Zentralen Gewerkschaftskommission“ in das Bundesgebiet, um diese Arbeit zu leiten. Zahlreiche Gewerkschafter wurden zu politischen Veranstaltungen in die Sowjetzone eingeladen. Es gelang aber nur selten, Funktionäre der Gewerkschaften zu gewinnen.

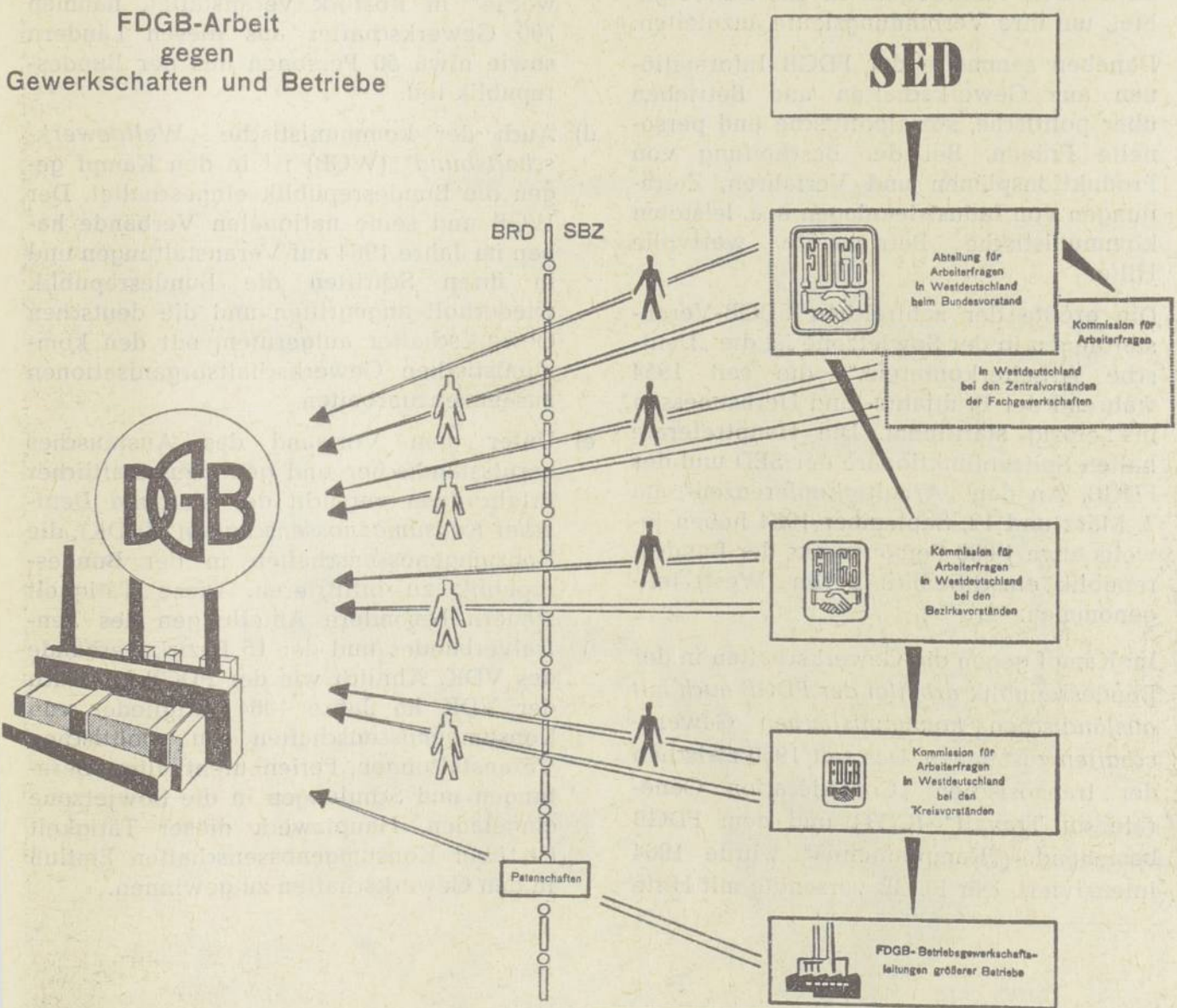
In den letzten Monaten des Jahres 1964 benutzten die Kommunisten besonders einige Zechenstilllegungen im Ruhrgebiet für ihre Agitation. Durch den „Deutschen Freiheitssender 904“, in Betriebszeitungen und Flugschriften rief die KPD die Bergarbeiter auf, gegen die Schließung der

Zechen zu demonstrieren. Ihre Mitglieder wies sie an, sich an „Kampfaktionen der Bergarbeiter“ aktiv zu beteiligen. Es gelang ihr aber nicht, die Protestaktionen zu beeinflussen.

Ein ständiges Thema der Gewerkschaftsagitation war ferner die These, mit den Notstandsgesetzen solle ein Instrument zur Unterdrückung der Gewerkschaften geschaffen werden.

- b) Der „Freie Deutsche Gewerkschaftsbund“ (FDGB) unterhält für die Arbeit gegen die Gewerkschaften eine „Abteilung für Arbei-

FDGB-Arbeit gegen Gewerkschaften und Betriebe



Erläuterung
 = FDGB-Funktionäre mit Sonderaufgaben
 = Verbindungsleute in der BRD

Schaubild 11

terfragen in Westdeutschland". Gleichnamige „Kommissionen“ sind bei den FDGB-Bezirks- und Kreisvorständen tätig. Die Fachgewerkschaften und Gewerkschaftsleitungen großer sowjetzonaler Betriebe beteiligen sich ebenfalls an dieser Arbeit, wie das *Schaubild 11* zeigt.

Auch 1964 organisierte der FDGB Reisen von Arbeitern und Gewerkschaftlern zu politischen, sportlichen oder kulturellen Veranstaltungen in die Sowjetzone; er vermittelte billige Aufenthalte in seinen Erholungsheimen und warb Teilnehmer für Wochenendlehrgänge. Wenn besondere Gründe vorlagen (z. B. Lohnstreitigkeiten, Gewerkschaftstage und Streiks), reisten auch FDGB-Funktionäre in das Bundesgebiet, um ihre Verbindungsleute anzuleiten.

Daneben sammelte der FDGB Informationen aus Gewerkschaften und Betrieben über politische, sozialpolitische und personelle Fragen. Bei der Beschaffung von Produktionsplänen und Verfahren, Zeichnungen von Industrieanlagen u. ä. leisteten kommunistische Betriebsräte wertvolle Hilfe.

Die größte der zahlreichen FDGB-Veranstaltungen in der Sowjetzone ist die „Deutsche Arbeiterkonferenz“, die seit 1954 während der Frühjahrs- und Herbstmessen in Leipzig stattfindet. Die Hauptreferate halten Spitzenfunktionäre der SED und des FDGB. An den „Arbeiterkonferenzen“ am 7. März und 12. September 1964 haben jeweils etwa 1 000 Personen aus der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West) teilgenommen.

- c) Im Kampf gegen die Gewerkschaften in der Bundesrepublik *arbeitet der FDGB auch mit ausländischen kommunistischen Gewerkschaften* zusammen. Das seit 1950 zwischen der französischen „Confédération Générale du Travail“ (CGT) und dem FDGB bestehende „Kampfbündnis“ wurde 1964 intensiviert. Der FDGB versandte mit Hilfe

der CGT aus Frankreich Agitationsmaterial an Gewerkschafter in der Bundesrepublik, Ferner reisten CGT-Funktionäre wiederholt in das Bundesgebiet, um mit örtlichen DGB-Stellen Kontakte aufzunehmen. Umgekehrt trafen sich deutsche Arbeiter und Gewerkschaftler wiederholt mit CGT-Funktionären in Frankreich.

Mit dem italienischen kommunistischen Gewerkschaftsbund „Confederazione Generale Italiana del Lavoro“ (CGIL) hat der FDGB 1964 ebenfalls „Freundschaftsverträge“ abgeschlossen.

An der „Arbeiterkonferenz der Ostseeländer, Norwegens und Islands“, die der FDGB alljährlich während der „Ostseewoche“ in Rostock veranstaltet, nahmen 700 Gewerkschafter aus diesen Ländern sowie etwa 50 Personen aus der Bundesrepublik teil.

- d) Auch der kommunistische „Weltgewerkschaftsbund“ (WGB) ist in den Kampf gegen die Bundesrepublik eingeschaltet. Der WGB und seine nationalen Verbände haben im Jahre 1964 auf Veranstaltungen und in ihren Schriften die Bundesrepublik wiederholt angegriffen und die deutschen Gewerkschafter aufgerufen, mit den kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen zusammenzuarbeiten.
- e) Unter dem Vorwand des Austausches berufsständischer und genossenschaftlicher Erfahrungen versucht der *Verband Deutscher Konsumgenossenschaften* (VDK), die Konsumgenossenschaften in der Bundesrepublik zu infiltrieren. Diese Tätigkeit steuern besondere Abteilungen des Zentralverbandes und der 15 Bezirksverbände des VDK. Ähnlich wie der FDGB hat auch der VDK im Jahre 1964 Mitglieder von Konsumgenossenschaften zu politischen Veranstaltungen, Ferienaufenthalten, Beratungen und Schulungen in die Sowjetzone eingeladen. Hauptzweck dieser Tätigkeit ist, über Konsumgenossenschaften Einfluß in den Gewerkschaften zu gewinnen.

D. Kommunistische Arbeit unter den Gastarbeitern

I. Zahl der Gastarbeiter

Die Zahl der Gastarbeiter in der Bundesrepublik betrug Ende 1964 über eine Million; sie nimmt weiter zu. Die Nationalität der Gastarbeiter und ihre Verteilung auf die Bundesländer ergeben sich aus den *Schaubildern 12 und 13*.

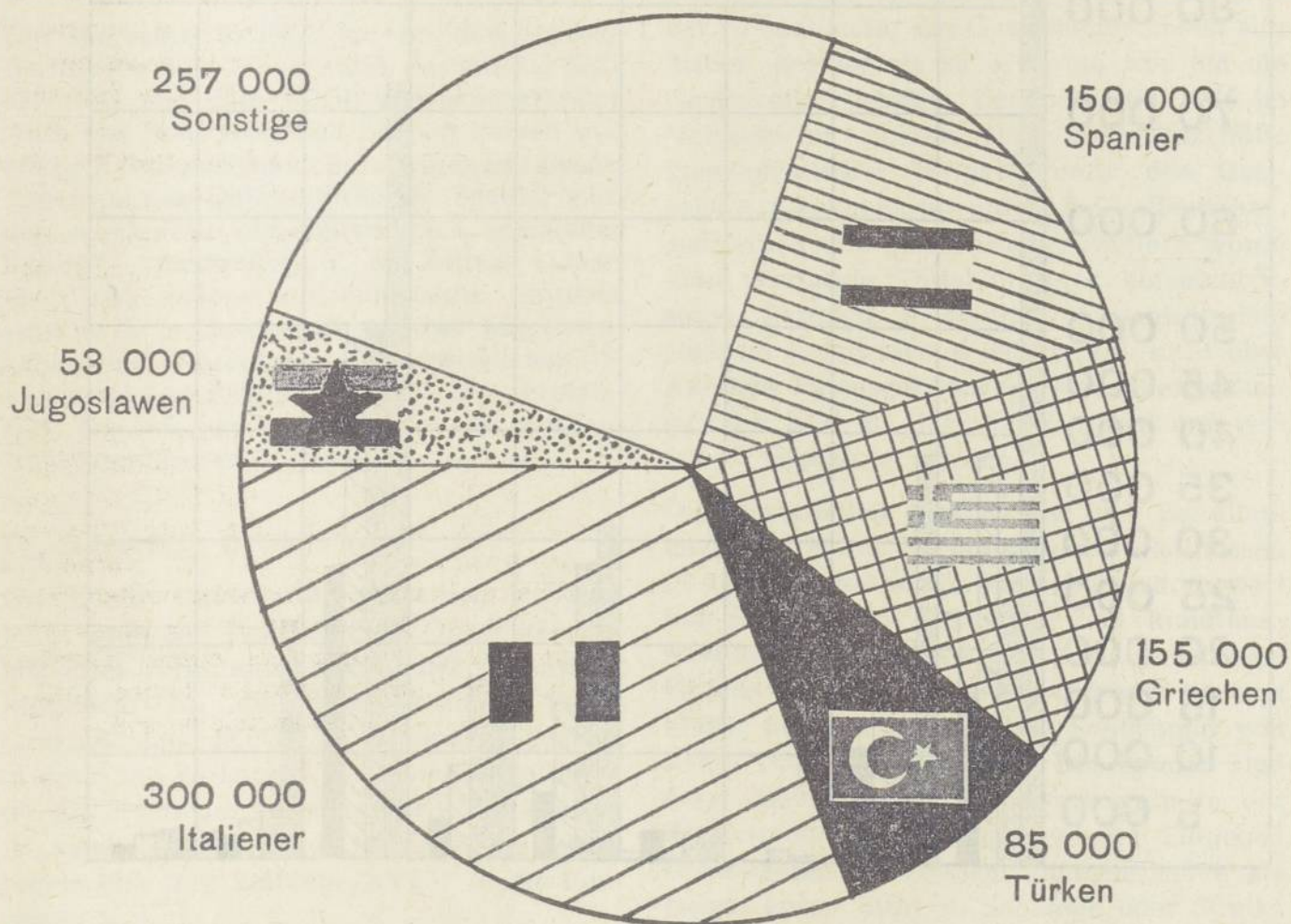
Die Beschäftigung dieser zahlreichen ausländischen Arbeiter hat den Kommunisten neue Möglichkeiten subversiver Tätigkeit eröffnet.

II. Italienische Gastarbeiter

Italienische Gastarbeiter haben an mehreren Orten Gruppen der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) gebildet, die von hauptamtlichen Funktionären geleitet werden. Wie vor den italienischen Wahlen im Jahre 1963, organisierten diese Gruppen auch im November 1964 vor den Kommunalwahlen ihres Heimatlandes Versammlungen, auf denen Funktionäre der KPI forderten, ihre Landsleute sollten in Italien

Schaubild 12

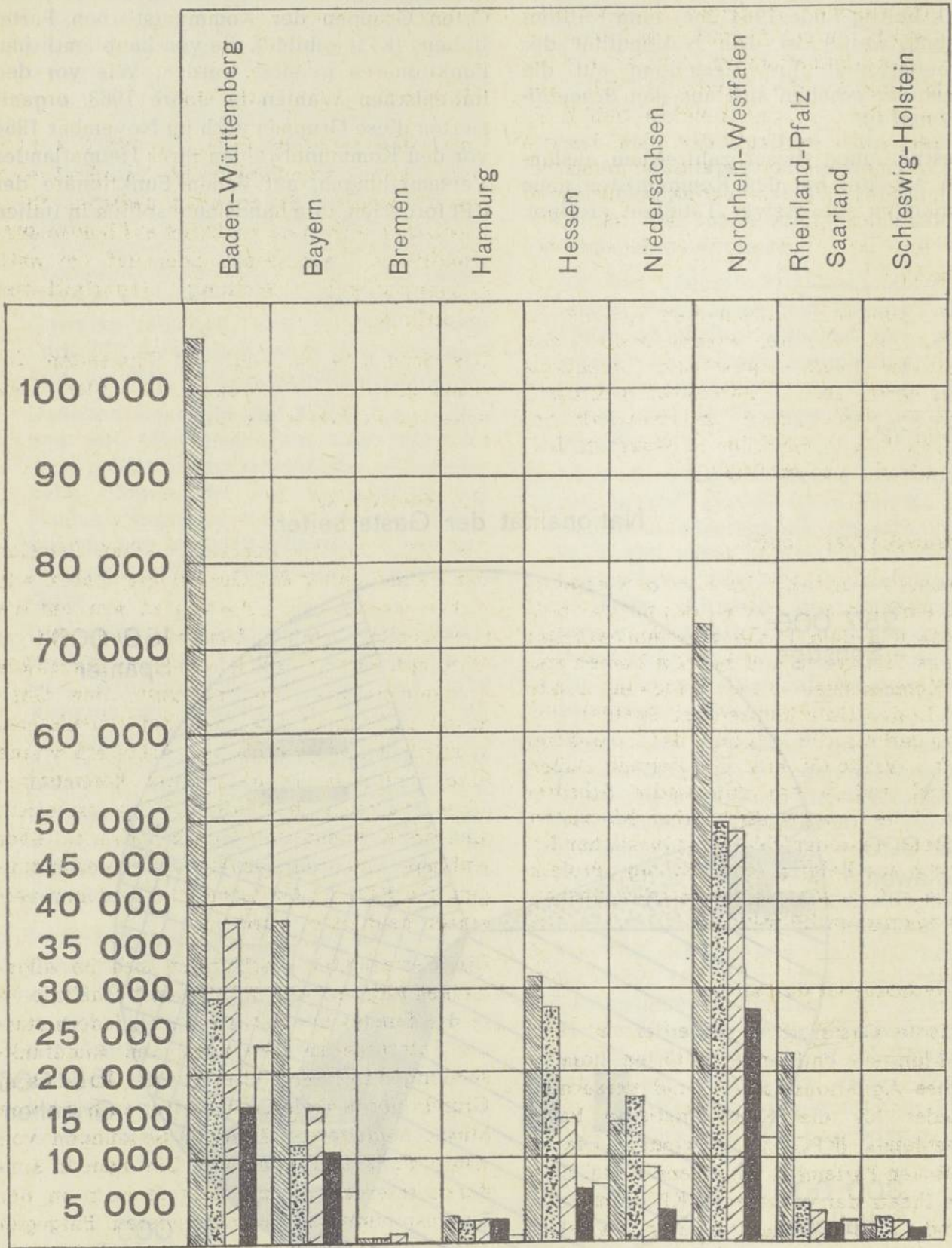
Nationalität der Gastarbeiter



(Stand : 30.9.1964)

Verteilung der Gastarbeiter auf die Bundesländer

(Stand : 30.9.1964)



Erläuterung



die KPI wählen. In den Unterküften wurde Wahlmaterial verteilt, u. a. Schallplatten mit einem Aufruf Palmiro Togliattis. — Die günstigen Erfahrungen bei diesen Wahlkämpfen haben die KPI veranlaßt, mit dem kommunistischen Gewerkschaftsbund „Confederazione Generale Italiana del Lavoro“ (CGIL) die politische Arbeit in der Bundesrepublik zu verstärken. Aus dem Urteil des BGH, das sich mit der kommunistischen Betätigung persischer Studenten in der Bundesrepublik befaßt, meint die KPI folgern zu können, daß das KPD-Verbot ihre Arbeit unter ihren Landsleuten nicht berühre.

Zur Betreuung der italienischen Arbeiter in rechtlichen und sozialen Fragen bedient sich die CGIL des „*Instituto Nazionale Confederale di Assistenza*“ (INCA), das Büros in Brüssel, Luxemburg, Paris, Zürich und innerhalb der Bundesrepublik in Heidelberg, München, Bremen und Hannover unterhält.

III. Spanische Gastarbeiter

Die spanische Exil-KP hat im Sowjetsektor Berlins ein Büro eingerichtet, das mit der SED, der KPD und dem FDGB zusammenarbeitet. Auch aus Frankreich und Belgien kamen spanische Kommunisten zu Beratungen mit Landsleuten. In den Unterküften der Spanier wurden wiederholt die Zeitung der spanischen Exil-KP, „Mundo Obrero“, die Zeitung „Liberdad“ und andere kommunistische Schriften verteilt. Eine Gruppe „Spanischer Marxisten-Leninisten“, gesteuert von der chinesischen KP, versandte aus Belgien eine Zeitung „Proletario“, die sich gegen die Führer der moskau-treuen spanischen KP wendet.

IV. Griechische Gastarbeiter

Griechische Gastarbeiter verteilten in Hamburg, München und anderen Orten kommunistisches Agitationsmaterial und versuchten, Mitglieder für die Kommunistische Partei Griechenlands (KPG) zu gewinnen. Die im griechischen Parlament vertretene Partei EDA, die als Ersatz der verbotenen KPG anzusehen ist, sandte in den letzten Monaten des Jahres regelmäßig ihre Zeitung „AVGI“ in die Bundesrepublik.

V. Türkische Gastarbeiter

Einzelne türkische Arbeiter sind in die Sowjetzone gereist. Die türkische KP versandte durch

die Post die Zeitschriften „Yurdun Sesi“ und „Yeni Cag“ an türkische Arbeiter. Auch das ZK der KPD verbreitete einzelne Flugblätter in türkischer Sprache.

VI. Jugoslawische Gastarbeiter

Unter den jugoslawischen Arbeitern konnte bisher keine kommunistische Tätigkeit festgestellt werden. Spannungen zwischen jugoslawischen Arbeitern beruhten auf landsmannschaftlichen Gegensätzen oder auf der anti-kommunistischen Haltung jugoslawischer Flüchtlinge.

Das *Schaubild 14* zeigt die Titelseiten der kommunistischen Zeitungen, die unter Gastarbeitern verbreitet werden.

VII. Beurteilung

Die KPD und die kommunistischen Parteien der Heimatländer der Gastarbeiter haben sich bisher weniger als zu erwarten war um die Gastarbeiter bemüht. Dennoch sind 1964 im Vergleich zu früheren Jahren mehr Einzelfälle kommunistischer Tätigkeit unter den Gastarbeitern bekannt geworden. Bei italienischen, spanischen und griechischen Arbeitern wurde eine verstärkte Tätigkeit ihrer kommunistischen Parteien beobachtet. Organisatorisch sind die Kommunisten jedoch noch nicht über Anfänge hinausgekommen. Auch Verbindungen der KPD zu Gastarbeitern sind nur vereinzelt beobachtet worden.

Die Gastarbeiter beschäftigen sich im allgemeinen nicht mit den politischen Verhältnissen in der Bundesrepublik, sie haben jedoch starkes Interesse an Zeitungen und Rundfunksendungen in ihrer Muttersprache. Aus diesem Grunde hören viele Gastarbeiter auch die von Musik begleiteten täglichen Sendungen von Radio Prag und Budapest. Die Sender sind daran interessiert, mit Gastarbeitern in der Bundesrepublik zu korrespondieren. Entgegen anderslautenden Pressemeldungen haben sie jedoch bisher nicht zu Sabotage oder Streiks aufgefordert. Ob das Bedürfnis der Gastarbeiter, Sendungen in ihrer Muttersprache zu hören, durch die 1964 verstärkten Sendungen deutscher Rundfunkanstalten befriedigt wird, bleibt abzuwarten.

BOLETIN de INFORMACION

Año XIV, No. 10 (163) Segunda Época, Praga 15 Julio 1964

UNION

La noticia de la zangorra...
El gobierno de Bilbao...
El día 11 de Mayo...
El día 11 de Mayo...
El día 11 de Mayo...

YENICAG

- Ernest Burnet: Komunistické hnutí v Československu
- Fouad Nasir: Aziz Al-Raei: Milh Kurban
- John Lewis: Falsos ve politikas
- Ibo Haldun: Bir Ariznoski Turus

INTERNACIONALNA ALLIANCE

Markus Engels in socialdemokratiske tidning
GOSTY AKTUEL'NOSYE DE
v dnevnykh kopytsakh...
...ARVENOTIAN

En pagina 7
EXCLUSIVO: LA POSTRER ANGUSTIA D

LIBERTAD

PORTAVOZ DEMOCRATICO DE LOS ESPAÑOLES EMIGRADOS EN EUROPA

Publication mensuelle. - Numero 15. - Noviembre 1964. - Segundo año
EDITOR RESPONSABLE: RENE HOUSSIERES, 5, RUE WAALHEM, BRUXELLES (BELGICA).
Administration, abonnements, correspondants: misma direccion - C.C.P. - 957435, Bruxelles.

EN BURGOS, OTRA VEZ Y SIEMPRE, LOS
RESDET

LA VOCE

QUINDICINALE DEI LAVORATORI ITALIANI EMIGRATI IN EUROPA
Giugno, 25 febbraio 1963
Anno 4 - No. 3

Mundo Obrero

PROLETARIOS DE TODOS LOS PAISES UNIDOS!
ORGANO DEL COMITE CENTRAL DEL PARTIDO COMUNISTA DE ESPAÑA
ANO XXXIV - N° 12 - MADRID - 2° quincena de junio de 1964 - Precio 1 Pto

Ekin 1963 Sayi 4

- Bu sayide:
- Asheri Mahkemenin korani
 - 17 Kasim vaktleri
 - Sori kendibacisi
 - Geçim derdleri

YURDUN SESİ



ΣΑΒΒΑΤΟ 5 ΔΕΚΕΜΒΡΙΟΥ 1964
ΑΡΙΘ. 674397 2643
ΕΡΕΥΝΑ
ΚΕΝΤΡΟ: 254.165 607 224
201, ΕΛΕΥΘΕΡΙΟΥ 131, ΑΤΙΝ
ΕΚΔΑΧΟΝ: 254.024 470
ΕΡΕΥΝΑ: 254.247
ΔΕΛΕΑΦΟΝΕ: 75.210

UNAS BARRAS DE ENTENDIMIENTO PAISANTIER

En la que ya de año se grandes huelgas obreras...
...en la provincia...
...ha habido...
...los sindicatos...
...de Langreo dond...



ACERCA DE LA ORGANIZACION

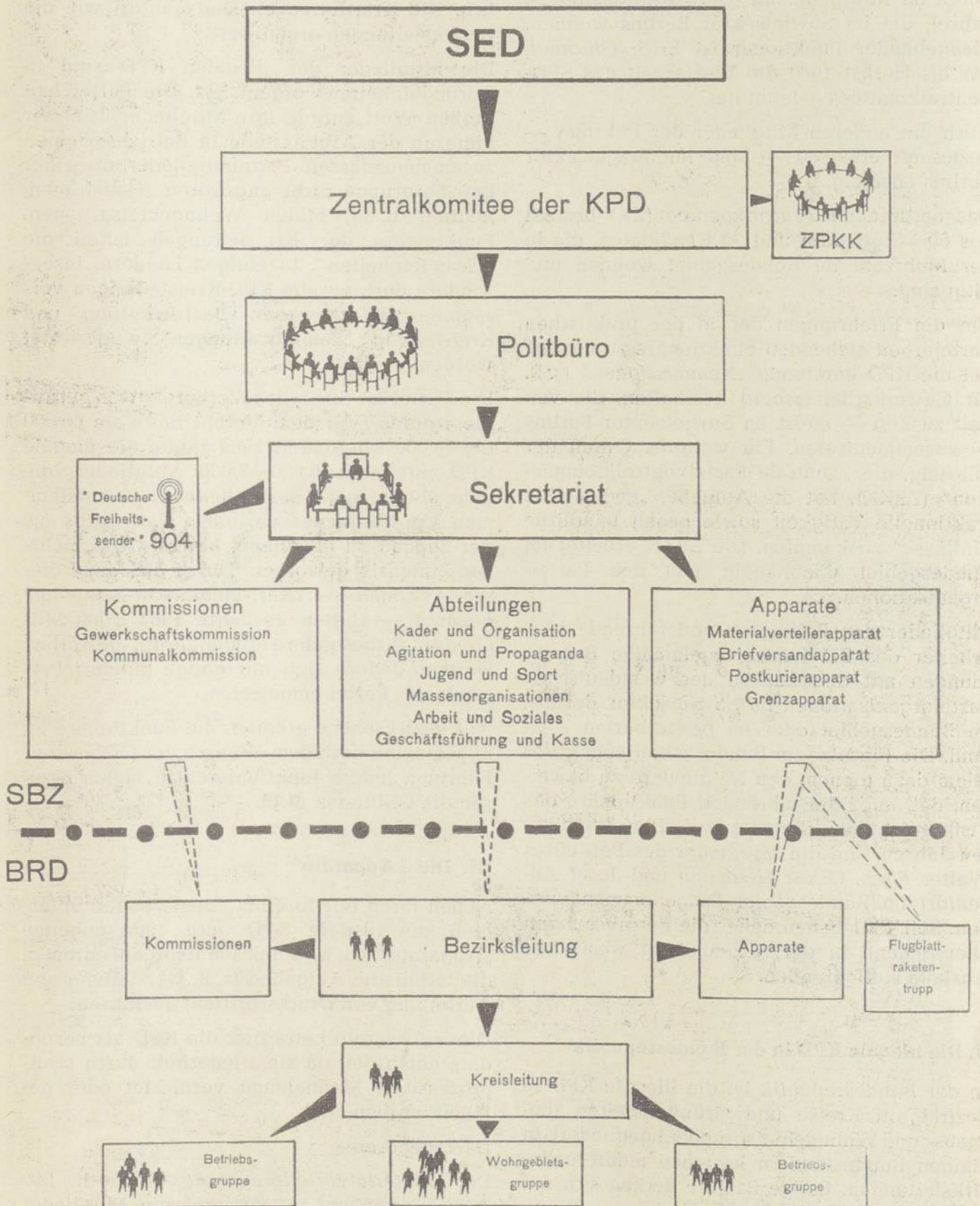
EL VIAJE DE KRUSCHOV

Por el fin...
...La prensa...
...el...
...no...
...f...

Η ΑΝΤΙΣΤΑΣΗ ΤΟΥ ΛΑΟΥ

ΚΑΘΗΜΕΡΙΝΗ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΚΗ ΕΦΗΜΕΡΙΔΑ ΤΟΥ ΛΑΟΥ
Διευθυντής: ΠΟΤΗΣ ΠΑΡΑΣΚΕΥΟΠΟΥΛΟΣ
ΕΠΙΜΕΛΕΙΑ ΤΟΥ ΠΡΟΕΔΡΟΥ ΤΗΣ ΔΗΜΟΚΡΑΤΙΑΣ

Organisation der KPD



E. Die Organisation der KPD

I. Die Führung im Sowjetsektor Berlins

Die illegale KPD wird vom Politbüro geleitet, das ebenso wie andere Führungsorgane (Sekretariat und Abteilungen) geheime Büros im Sowjetsektor Berlins hat. Dem Politbüro gehören elf Mitglieder an (Durchschnittsalter 54 Jahre), die im Sowjetsektor Berlins wohnen. Maßgebender Funktionär ist Erich Glückauf, der bis Herbst 1960 die Westarbeit des SED-Zentralkomitees geleitet hat.

Auch die anderen Mitglieder der Führung — insgesamt etwa 80 — sind im Sowjetsektor Berlins ansässig.

Das amtierende *Zentralkomitee* (ZK) besteht aus 60 Mitgliedern und 20 Kandidaten, die in der Mehrzahl im Bundesgebiet wohnen und tätig sind.

Um die Erfahrungen der in der praktischen Parteiarbeit stehenden Funktionäre zu nutzen, hat die KPD beratende „Kommissionen“ (z. B. für Gewerkschaftsarbeit) geschaffen, die von Zeit zu Zeit — meist im Sowjetsektor Berlins — zusammentreten. Ein weiteres Organ der Führung, die „Zentrale Parteikontrollkommission“ (ZPKK), hat die Aufgabe, „gegen jede fraktionelle Tätigkeit sowie gegen feindliche Einflüsse“ zu kämpfen. Die ZPKK arbeitet im Bundesgebiet unabhängig von den Parteiorganisationen.

Mitglieder des Politbüros und führende Mitarbeiter des ZK haben regelmäßige Besprechungen mit den Leitern der westdeutschen Parteiorganisationen im Sowjetsektor Berlins, im Bundesgebiet oder im benachbarten Ausland. Die Einsätze im Bundesgebiet sollen vor allem dazu dienen, den Mitgliedern zu beweisen, daß auch die führenden Funktionäre das Risiko eingehen, illegal zu arbeiten. In früheren Jahren sind die Mitglieder des Politbüros Walter Fisch, Oskar Neumann und Josef Angenfort im Bundesgebiet festgenommen worden. Seit 1961 haben daher die Besprechungen überwiegend in der SBZ und im westlichen Ausland stattgefunden.

II. Die illegale KPD in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik ist die illegale KPD in Bezirke, in Kreise und Grundeinheiten (Betriebs- und Wohngebietsgruppen) gegliedert. In einigen Bundesländern bestehen mehrere Bezirksleitungen. Einige Bezirke decken sich mit dem Gebiet einzelner Bundesländer.

Eine Bezirksleitung besteht aus drei bis fünf Mitgliedern. Eines dieser Mitglieder, in der Partei als „Nummer 1“ bezeichnet, ist als 1. Sekretär tätig. Die übrigen Leitungsmitglieder sind für spezielle Sachgebiete (Kader, Organisation, Finanzen, Schulung) verantwortlich. Die Kreisleitungen sind ähnlich wie die Bezirksleitungen organisiert.

Die Mitglieder der illegalen KPD sind in „Grundeinheiten“ organisiert. Die Partei legt großen Wert darauf, ihre Mitglieder in erster Linie an der Arbeitsstelle in Betriebsgruppen zusammenzufassen. Parteimitglieder, die einer Betriebsgruppe nicht angehören (Hausfrauen, Rentner u. a.), bilden Wohngebietsgruppen. Funktionäre der Kreisleitungen leiten die „Grundeinheiten“. In einigen Ländern, insbesondere dort, wo die KPD-Kreisleitungen versagten, sind zwischen Bezirksleitung und Kreisleitung „Gebietsleitungen“ eingerichtet worden.

Die Partei ist durch das Verbot schwer getroffen worden. Vor dem Verbot hatte sie 60 000 bis 70 000 Mitglieder. 1964 zählte die illegale KPD nur noch 6 000—7 000 Mitglieder, die ganz überwiegend der Arbeiterschaft entstammen. Um Mitglieder, vor allem Nachwuchs aus der Jugend zu gewinnen, hat die KPD mehrmals intensiv geworben. Durch die letzte dieser Aktionen — „Karl-Liebknecht-Aufgebot“ genannt — sollten im Jahre 1964 2 000 Mitglieder, insbesondere Jugendliche, geworben werden. Jedoch sind nur einige hundert Personen der Partei beigetreten.

Auf Bezirksebene arbeiten die Funktionäre im allgemeinen nach dem Wunsch der Ostberliner Führung, jedoch funktionieren in vielen Kreisen die Leitungen nicht.

III. Die „Apparate“

Neben ihren territorialen Gliederungen unterhielt die illegale KPD auch 1964 geheime „Apparate“, d. h. Funktionärsorganisationen, die technische Aufgaben (z. B. Herstellung und Verteilung von Druckschriften) ausführen.

Diese Apparate betrachtet die KPD als besonders gefährdet, da sie wiederholt durch strafprozessuale Maßnahmen vernichtet oder gelähmt worden sind.

Dazu gehören:

Der *Materialverteilerapparat* — auch Lit-Apparat genannt — versorgt die Mitglieder

ES VOLK

Proletarier aller Länder, vereinigt es
Kommunistischen Partei Deutschlands

FREIYES VOLK

Es lebe der 15. Jahrestag der Deutschen Demokratischen Republik!
Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

19. Jahrgang Nr. 11 (263) Oktober-Ausgabe 1964 Preis: Solidaritätsgroschen

FREIYES

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Jahrgang Nr. 9 (261) Sonderausgabe August 1964

Zum Parteitag der SPD

Der Parteitag der SPD ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands. Wir erwarten, dass die SPD sich für die Einheit des Vaterlandes einsetzen wird.

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

WISSEN UND TAT

Zeitschrift für Theorie und Praxis des Sozialismus

19. Jahrgang / Heft 9/10

INHALT

Mit der DDR gehen Menschenleben und Millionen verloren. Wer führt zur Wiedervereinigung?	1
Der 25. Jahrestag der DDR	12
Die Bundeswehr - ein Instrument der imperialistischen Aggression	17
Die 1. Internationale und die Einheit der Arbeiterbewegung	21
Die Rolle der Arbeiterbewegung in der DDR	25

N. S. Chruschtschow besucht die Bundesrepublik

Gruß dem Vorkämpfer für Frieden und Verständigung

- Von Max Schäfer -

Alle Menschen sind einander gleich. Das ist die Basis für die Verständigung zwischen den Völkern. Wir begrüßen die Reise von Nikita Chruschtschow nach Deutschland als einen Schritt in diese Richtung.

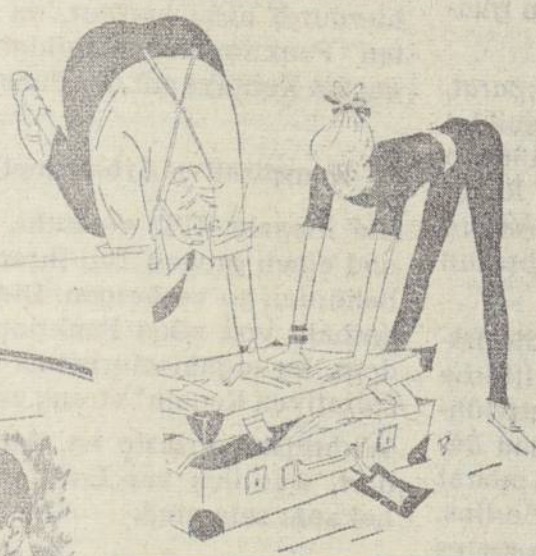
Schilfungsbrief

Zum 15. Jahrestag der DDR:

Sozialismus und Frieden haben in Deutschland festen Fuß und werden auch in der Bundesrepublik siegen

Seit 15 Jahren existieren auf deutschem Boden zwei deutsche Staaten. Die Deutsche Demokratische Republik, der erste Arbeiter- und Bauern-Staat in der Geschichte Deutschlands, von dem aus die sozialistischen und demokratischen Kräfte in der DDR die Macht haben ergriffen.

Das sollte man blitzschnell - für später!



DDR gegen die Bonner Atomstrategie

Die Bonner Atomstrategie ist ein Schritt in die Richtung der Aufrüstung. Die DDR lehnt dies ab und fordert die Abrüstung aller Atomwaffen.

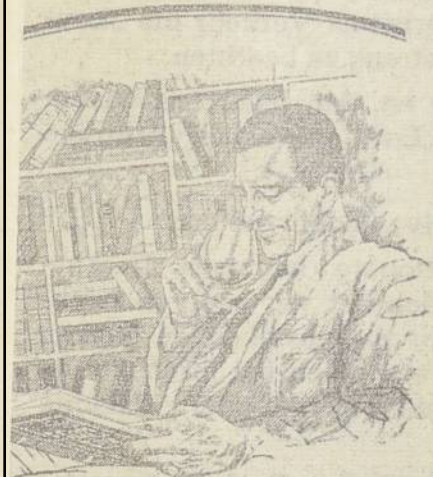
FREIYES

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

Im Namen des Friedens und der Demokratie, im Namen der Freiheit für die KPL

Gemeinsame Erklärung des ZK der SED und des ZK der KPD

Am 17. August 1964 wurde die KPD von der SED übernommen. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Wiedervereinigung Deutschlands. Wir begrüßen dies als einen Schritt in die Richtung der Einheit des Vaterlandes.



Schließlich hat man das gefunden, was man suchte: „Das Richtige auch für Sie!“

M-VACUBLITZ
blitzschnell

INFORMATIONSDIENST

Herausgeber: Max Reimann

Düsseldorf

Nr. 2 / Juli 1964

mit den Publikationen der KPD. Im Jahre 1964 hat er folgende Schriften verbreitet:

- 13 Ausgaben des KPD-Zentralorgans „Freies Volk“ in Auflagen von etwa je 20 000 Exemplaren;
- 7 Ausgaben der theoretischen Zeitschrift „Wissen und Tat“ in Auflagen von etwa je 10 000 Exemplaren und
- 25 verschiedene Broschüren, Schulungsbriefe, Flugschriften und „offene Briefe“, zum Teil in hohen Auflagen.

Diese Schriften zeigt das *Schaubild 16*.

Druckereien im Bundesgebiet stellten einen Teil der Auflagen her, andere Teile sowie die Broschüren und Flugschriften werden in der Sowjetzone gedruckt und in das Bundesgebiet eingeschleust. Kuriere bringen das Material in Kraftfahrzeugen zu geheimen Anlaufstellen der Bezirks- und Kreisorganisationen.

Der *Briefversandapparat* sendet Schriften durch die Bundespost an Funktionäre, die dadurch unabhängig vom „Materialverteilerapparat“ beliefert werden. Außenstehende, insbesondere Sozialdemokraten und Gewerkschafter, die beeinflußt werden sollen, erhalten in gleicher Weise kommunistische Schriften.

Der Agitation dient auch der *Raketenapparat*, der seine Mitarbeiter in der SBZ ausbildet und dort sein Material herstellt. Er hat 1964 in Nürnberg und Düsseldorf insgesamt 13 Raketen mit Flugzetteln abschießen lassen. Weitere 11 Raketen stellte die Polizei vor dem Abschluß sicher.

Durch den *Postkurierapparat* erhalten die Bezirksleitungen im Bundesgebiet schriftliche Weisungen und Mitteilungen der Parteiführung. Ebenso senden die Bezirksleitungen Berichte und Abrechnungen durch diesen Apparat an die Führung in den Sowjetsektor Berlins. Dieser Apparat unterhält ein weitgespanntes Kuriersystem.

Der *Grenzapparat* besteht aus mehreren „Schleusungsgruppen“, die kommunistische Funktionäre in beiden Richtungen über die Demarkationslinie bringen. Gelegentlich transportiert der Grenzapparat auch Druckschriften aus der Sowjetzone in die Bundesrepublik. Die Schleusungsgruppen arbeiten mit ausgewählten Offizieren der „Nationalen Volksarmee“ zusammen.

Ferner arbeitete ein „*Sicherheitsapparat*“, der aus Mitgliedern der Bezirks- und Kreisorganisationen besteht, die als besonders vertrauenswürdig und erfahren angesehen wer-

den. Die Mitglieder dieses Apparates werden im Auftrage der „Zentralen Parteikontrollkommission“ tätig, wenn einzelne Mitglieder im Verdacht stehen, parteifeindliche Ansichten zu vertreten, gegen die Sicherheitsanweisungen zu verstoßen oder mit Behörden der Bundesrepublik in Verbindung zu stehen.

IV. Beurteilung

Die Trennung der Ost-Berliner Führung von der illegalen Parteiorganisation im Bundesgebiet wirkt sich nachteilig für die Parteiarbeit aus. Die Führung erhält von räumlich weit entfernten Untergliederungen Berichte, die sie meist nicht überprüfen kann. Ihre Verbindungen zu den Untergliederungen muß sie auf geheimen, daher umständlichen und kostspieligen Wegen unterhalten. Angesichts des mit der Parteiarbeit verbundenen Risikos, der fehlenden Resonanz in der Bevölkerung und der wirtschaftlichen Anziehungskraft unpolitischer Tätigkeit fällt es den Funktionären der KPD im Bundesgebiet schwer, Untergliederungen zu bilden oder sie zu aktiver Tätigkeit anzuhalten.

Die Funktionsfähigkeit der Apparate wird hierdurch nicht berührt, da sie aus überzeugten Funktionären gebildet werden und in engem Kontakt mit der Führung stehen.

V. Konspirative Arbeitsmethoden

Die illegale KPD versucht, ihre Organisation und einen großen Teil ihrer Tätigkeit vor den Behörden zu verbergen. Die Führung verlangt deshalb von allen Funktionären und Mitgliedern, im organisatorischen Verkehr die „konspirativen Regeln“ streng zu beachten.

Wichtigstes Prinzip ist, daß jeder nur wissen darf, was ihm zur Erfüllung seiner Aufträge bekannt sein muß.

Folgende konspirative Regeln gelten:

Wichtige Funktionäre benutzen Decknamen, um ihre Identität vor anderen Funktionären und vor Außenstehenden geheim zu halten; sie verwenden bei ihren Reisen in das Bundesgebiet falsche oder gefälschte Ausweise;

Besprechungen zwischen Funktionären der Führung und der Bezirksleitung finden im Sowjetsektor oder in Nachbarstaaten der Bundesrepublik statt;

Zusammenkünfte werden getarnt — z. B. als Geburtstagsfeiern oder Skatabende —; Kuriere der Apparate geben sich bei den

FREIES VOLK

Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands

18. Jahrgang Nr. 10 (250)

Oktober-Ausgabe 1963

Preis: Solidaritätsgroschen

Zehn goldene Regeln für illegale Parteiarbeiter

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist der bewußte und organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse Westdeutschlands. Sie ist ein Teil der weltumspannenden, siegreichen und zukunftsreichen Weltbewegung für den Sozialismus und Kommunismus, die heute mehr als 40 Millionen Mitglieder vereinigt.

Mitglied der Kommunistischen Partei zu sein ist eine hohe Ehre. Das bedeutet zugleich eine Verpflichtung für jeden Genossen, sich immer und überall für die Partei einzusetzen, sie in ihrer Kampfkraft zu stärken und vor jedem Angriff des Gegners zu schützen.

Von jedem Mitglied wird die Bereitschaft erwartet, unermüdet für die Verwirklichung der Beschlüsse der Partei und ihrer Organe zu kämpfen, für die Partei und die Arbeiterklasse Opfer zu bringen.

Die Erfahrungen unseres Kampfes und die – trotz Terror und Schwierigkeiten – errungenen Erfolge unserer Arbeit sowie das Verhalten unserer Genossen vor Polizei und Gericht lehren, stets folgende Regeln zu beachten:

1. Revolutionäre Wachsamkeit, Kampf gegen Sorglosigkeit und Vertrauensseligkeit sind oberstes Gebot für jedes Mitglied der Partei.

2. Jedes Mitglied verhält sich so, daß der Gegner nicht auf seine und die Arbeit anderer Genossen aufmerksam wird.

Stets zu beachten ist die konspirative Grundregel für die Sicherung der politischen und organisatorischen Arbeit: „Jeder Genosse darf nur das von der illegalen Arbeit wissen, was für die Durchführung seiner Aufgaben erforderlich ist.“

3. Jeder Versuch von Spitzeln und Agenten der Geheimdienste des Gegners, mit einem Parteimitglied Gespräche zu führen, Kontakte aufzunehmen oder gar von ihm Auskünfte zu erhalten, ist unbedingt auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Von dem Vorhaben solcher Elemente ist die Partei und die Öffentlichkeit sofort zu unterrichten. Dem Gegner darf keine Möglichkeit gegeben werden, in die Partei einzudringen.

4. Kein Genosse kommt einer Vorladung zur Polizei nach. Es gibt kein Gesetz, das ihn dazu zwingt.

5. Gegen jede Maßnahme der Polizei – wie Haussuchung, Vorführung oder Inhaftierung – ist schärfstens zu protestieren und die Öffentlichkeit zu alarmieren.

6. Bei Verhaftung oder gewaltsamer Vorführung vor die Polizei und vor Gericht darf kein Genosse Aussagen machen oder Protokolle, Erklärungen und andere Schriftstücke unterzeichnen. Jeder Genosse nimmt die noch bestehenden gesetzlichen Rechte für sich in Anspruch. Er verweigert grundsätzlich – ob als Beschuldigter oder als Zeuge – jede Aussage über seine Zugehörigkeit zur Partei und über seine politische Tätigkeit, auch für die Zeit vor dem Parteiverbot.

7. Weder durch Drohungen, versuchte Erpressung, Versprechungen und geheuchelte Freundlichkeit, noch durch angebliche Beweismaterialien oder belastende Aussagen anderer Personen läßt sich ein Kommunist einschüchtern bzw. zu Aussagen oder Geständnissen verleiten, wodurch er der Partei, anderen Genossen und sich selbst immer nur Schaden zufügt. Er nimmt eher Beugehaft auf sich, als daß er Genossen oder sich selbst belastet und Parteiverrat übt.

8. Jedes Mitglied der Partei muß sich darüber im klaren sein, daß Feigheit und Kapitulation vor Polizei und Justiz eines Kommunisten unwürdig sind. Verrat von Genossen ist ein Verbrechen an der Partei und der Arbeiterklasse. Er ist unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei. Jeder Genosse tritt vor Gericht mutig als Kommunist auf, bekennt sich zu den Zielen der Partei und dem Recht, seine Weltanschauung überall darzulegen. Mit Entschiedenheit weist er auch alle Angriffe auf die DDR zurück. Sein Verhalten zur DDR ist Maßstab für seine Treue zur Partei.

9. Auch im Gefängnis setzt der Kommunist seinen Kampf fort. Er spricht weder über seine Parteiarbeit noch über andere Parteianglegenheiten, vertritt jedoch immer die Ziele der Partei und der Arbeiterklasse. Er bittet nicht um einen „Gnadenerweis“. Er ist sich stets der Solidarität und Sympathie der Partei, der Arbeiterklasse und aller Menschen guten Willens bewußt.

10. Jeder Kommunist hat die Ehrenpflicht, sich durch Wort und Tat für die verfolgten oder in Haft befindlichen Genossen und deren Familienangehörige einzusetzen.

Tatkräftig unterstützt und vertritt er die Forderung für die Amnestie aller politischen Gefangenen und für die Aufhebung des widerrechtlichen Verbots der Partei.

Anlaufstellen durch Parolen zu erkennen; für die zentrale Führung, die Bezirksleitungen und das zentrale Material werden Deckbezeichnungen vereinbart;

die Bezirksleitungen rechnen nach einem verschlüsselten Schema ab.

Konspirative Regeln, die „Freies Volk“ in der Oktoberausgabe 1963 brachte, sind in *Schaubild 17* wiedergegeben.

Nach diesen konspirativen Regeln arbeitet die KPD nicht erst seit dem Verbot. Vielmehr hat sie schon Jahre vorher wichtige Vorgänge, besonders die Verbindungswege nach Berlin (Ost), die totale Kontrolle und Finanzierung durch die SED zu verbergen gesucht. Zu diesem Zweck wurden von jeher konspirative Arbeitsmethoden gebraucht. Die oft gehörte Meinung, erst durch das Verbot sei die KPD in den Untergrund gedrängt worden, trifft daher nicht zu.

VI. Finanzierung

Die Organisation, die Apparate, die Agitationsschriften usw. erfordern beträchtliche Mittel. Insgesamt braucht die KPD in der Bundesrepublik jährlich mindestens fünf bis sechs Millionen DM (West). Darüber hinaus sind in der Sowjetzone erhebliche Mittel erforderlich, um hauptamtliche Funktionäre zu bezahlen, Schulen und Arbeitsstätten zu unterhalten sowie Agitationsschriften herzustellen. Auch die Aufwendungen für Hilfsorganisationen sind in der Summe nicht enthalten.

Das Aufkommen aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden ist gering. Zwar läßt die KPD regelmäßig Beiträge (Monatsbeitrag 3,— DM) einziehen, die teils bei den Kreisleitungen verbleiben, teils an die Bezirksleitungen abgeführt werden. Selbst gut organisierte Bezirksorganisationen nehmen an Beiträgen kaum mehr als etwa 1 000,— DM monatlich ein.

Die KPD ist daher auf Zuschüsse angewiesen. Sie erhält über 90 % ihrer Mittel vom Zentralkomitee der SED. Die KPD-Bezirksleitungen sowie die Apparate werden durch Kuriere versorgt, die das Geld aus dem Sowjetsektor Berlins heimlich ins Bundesgebiet bringen. An finanziellen Mitteln mangelt es der KPD nicht.

VII. Zusammenarbeit mit ausländischen kommunistischen Parteien

Die KPD ist mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und anderen kommunistischen Parteien eng verbunden. Mit ihnen hat sie bei ihren Angriffen gegen die Bundesrepublik zusammengearbeitet. Auch soweit Kurierverbindungen durch das Ausland liefen oder dort Besprechungen stattfanden, halfen ausländische kommunistische Parteien.

Delegationen der KPD nahmen 1964 mehrfach an Kongressen ausländischer kommunistischer Parteien teil, so z. B. am IV. Parteitag der „Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei“ und am XV. Parteitag der KP Belgiens. Ferner entsandte die KPD Delegationen zu den Begräbnissen der KP-Führer *Thorez* und *Togliatti*.

Auch an einer Konferenz der kommunistischen Parteien der EWG-Staaten am 1. und 2. Dezember 1964 in Westende (Belgien) waren Vertreter der KPD beteiligt.

Die KPD hat auch an der Konsultativkonferenz der kommunistischen Parteien (März 1965 in Moskau) teilgenommen.

Die KPD erkennt die KPdSU als die führende Partei an und steht im chinesisch-sowjetischen Konflikt auf ihrer Seite. Pressemeldungen über prochinesische Gruppen in der KPD sind unrichtig.

VIII. Beurteilung

Die KPD hat die schweren Folgen des Verbots noch nicht überwunden. Die Parteiorganisationen haben ihre Tätigkeit zwar fortsetzen können, Umfang und Qualität der Parteiarbeit waren aber regional unterschiedlich. In einigen Ländern verfügt die KPD über relativ zahlreiche Anhänger; ihre Tätigkeit beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf innerparteiliche Angelegenheiten. In anderen Ländern besteht ein verhältnismäßig kleiner, aber gut organisierter Parteiapparat, der eine rege Tätigkeit entfaltet, die sich auch in der Öffentlichkeit auswirkte.

Insgesamt war die illegale Partei aber weder zu größeren Aktionen fähig, noch ist sie durch neue Mitglieder nennenswert verjüngt worden.

SED und KPD bedienen sich bei dem Versuch, eine Massenbewegung zu schaffen, anderer Parteien, Bewegungen und sonstiger Gruppen. Die Zahl dieser Organisationen ist jedoch — überwiegend durch Verbote — stark zurückgegangen.

Im Jahre 1964 arbeiteten im Bundesgebiet nur noch sechs größere Organisationen dieser Art, darunter zwei Parteien. Sie unterhielten Landesverbände und andere Untergruppen. Ferner betätigten sich 54 kleinere Vereinigungen, unter ihnen vier Parteien.

Nur einige dieser Organisationen haben eingeschriebene Mitglieder. Die meisten von ihnen verfügen nur über ein geringes Aufkommen an Mitgliedsbeiträgen und Spenden und müssen von SED und KPD fast völlig unterhalten werden.

In ihrer *Agitation* vertraten die Organisationen auch 1964 die kommunistische Deutschlandpolitik, die bekannten Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone, einen Nichtangriffspakt zwischen NATO und Warschauer Pakt und ein Verbot der Atomwaffen. Alle Hilfsorganisationen traten auch für die Aufhebung des Verbots der KPD ein.

Den kommunistisch beeinflussten Organisationen ist es nicht gelungen, durch ihre Agitation breite Kreise zu beeinflussen. Sie fanden aber örtlich und bei pazifistischen Organisationen Anklang.

I. „Parteien“

1. Die „*Deutsche Friedens-Union*“ (DFU) war mit kommunistischer Hilfe am 17. Dezember 1960 in Stuttgart gegründet worden. Volksfrontähnlich sollte sie die Opposition aller Richtungen gegen die Innen-, Außen- und Wehrpolitik der Bundesregierung vereinigen. Jedoch hat sich die DFU zu einer Partei entwickelt, in der sich unzufriedene Intellektuelle vergeblich um eine Massenbasis bemühen; über eine Mitgliederzahl von rund 5000 ist sie nicht hinausgekommen.

1964 hatte der Bundesvorstand 57 Mitglieder, darunter 22 Akademiker, von denen vier Pfarrer und vier Professoren sind, vier Lehrer, fünf Selbständige, sechs Journalisten, sechs Angestellte und acht Arbeiter.

Von Anfang an haben kommunistische Funktionäre in der DFU wichtige Funktionen besetzt. Sie fällten vielfach Entscheidungen, ohne

die berufenen Organe zu beteiligen. Das führte wiederholt, auch 1964, zu innerparteilichen Auseinandersetzungen. Im Februar verließ Dr. Renate *Riemeck* das Direktorium. Viktor *Wynands*, der Geschäftsführer des DFU-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, trat im April aus der DFU aus. Die DFU hatte *Wynands* zuvor als Repräsentanten der Gewerkschaften herausgestellt; sein Austritt traf sie hart. Um einem Zerfall zu begegnen, ließ die DFU erklären, künftig würden alle Kommunisten ausgeschlossen, die sich für die illegale KPD betätigten. De facto blieb jedoch die Stellung der Kommunisten in der DFU unangetastet. Sie tarnten jedoch ihre Verbindung zur KPD sorgfältiger als vorher.

Auf Foren, die die DFU in Frankfurt/Main und Stuttgart veranstaltete, sprachen u. a. Sebastian *Haffner* und der frühere Innenminister Baden-Württembergs, Viktor *Renner*. Diese Veranstaltungen zeigten aufs neue, daß die DFU bestrebt ist, bekannte Persönlichkeiten für ihre Zwecke zu benutzen.

Seit ihrer Gründung hat die DFU ohne Mandatsgewinn an Bundes- und Landtagswahlen teilgenommen. 1964 erhielt sie bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg (April 1964) 1,3 % der Stimmen (Bundestagswahl 1961: 2,3 %). Besser schnitt sie bei den Kommunalwahlen in Solingen ab, wo auf ihre Liste 6,1 % der Stimmen und damit drei Mandate entfielen. Insgesamt gewann die DFU zwei Sitze im Kreisrat Hanau/Hessen und in fünf Bundesländern 25 Mandate in 15 Stadt- und Gemeindevertretungen. An früheren Kommunalwahlen in diesen Ländern hatte die DFU nicht teilgenommen, da sie noch nicht bestand.

Die DFU wird sich auch 1965 an der Bundestagswahl beteiligen. Zur Führung des Wahlkampfes wählte der Bundesvorstand eine Wahlkampfleitung, der auch einige Kommunisten angehören.

2. Der „*Bund der Deutschen*“ (BdD) — im Mai 1953 auf kommunistische Initiative gegründet — arbeitet mit der DFU zusammen. Mehrere führende BdD-Funktionäre sind auch leitend in der DFU tätig. Zu der Bundestagswahl werden einige BdD-Funktionäre auf Listen der DFU kandidieren.

II. Die „Friedensbewegung“

Der „Weltfriedensrat“, der „Friedensrat der DDR“ und „Friedenskomitees“ haben auch 1964 versucht, durch zahlreiche Veranstaltungen

gen in beiden Teilen Deutschlands und durch Agitationsschriften Personen für den „Friedenskampf“ in kommunistischem Sinne zu gewinnen.

1. Auch die „Landesfriedenskomitees“ verbreiteten zahlreiche Schriften. Außerdem organisierten sie „Friedensfahrten“ in die Ostblockstaaten und im Bundesgebiet, an denen insgesamt etwa 1 400 Personen teilnahmen. Die „Landesfriedenskomitees“ stehen häufig hinter Versammlungen oder Demonstrationen pazifistischer Organisationen. Oft schieben sie auch zur Tarnung unverdächtige Einzelpersonen vor.

Die Tätigkeit der „Landesfriedenskomitees“ hat sich auch 1964 vorwiegend in kommunistischen und pazifistischen Kreisen bewegt. Die Masse der Bevölkerung hat sie nicht erreicht.

2. Der Kampf der „Westdeutschen Frauen-Friedensbewegung“ (WFFB) gegen die Wehrdienstpflicht und gegen atomare Bewaffnung beschränkte sich 1964 auf wenige Veranstaltungen, zu deren größter, dem „Antikriegsforum“ am 14. Oktober in Bonn, 600 Frauen erschienen. Die illegale KPD hatte für das Forum geworben. Als Redner war Kirchenpräsident D. Martin Niemöller gewonnen worden, der erklärte, eine Regierung, die das Lagern von Atomwaffen erlaube, handele landesverräterisch.

3. Versuche der „Friedensbewegung“, Einfluß auf pazifistische Organisationen zu gewinnen, machten 1964 Fortschritte. Mehrere hundert Angehörige kommunistischer Friedensorganisationen aus europäischen Ländern demonstrierten bei der NATO-Ratstagung Mitte Dezember in Paris erstmals mit Vertretern der „Internationalen Konföderation für Abrüstung und Frieden“, einer bisher unabhängigen Gruppe.

Einige kommunistische Organisationen, die zum Kampf gegen die atomare Bewaffnung gegründet worden waren, haben 1964 ihre Tätigkeit eingestellt.

Statt dessen versuchte die KPD in die „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“ einzudringen. In einige regionale Ausschüsse entsandte sie Mitglieder und Mitarbeiter kommunistisch beeinflusster Organisationen.

Die KPD ist in ihrem „Deutschen Freiheitssender“, ihren Zeitungen und in der Presse der von ihr beeinflussten Organisationen für die Ostermärsche eingetreten.

Im Jahre 1964 beteiligten sich an den Ostermärschen 13 000 (1963: 10 000) und an den Kundgebungen, die im Anschluß daran stattfanden, 25 000 (1963: 21 000) Personen.

Im Bundesvorstand und in den Landesverbänden der „Internationale der Kriegsdienstgegner“ (IdK) sind Personen tätig, die das Vertrauen der KPD genießen. Die IdK-Bundestagung im Oktober 1964 hat jedoch den Versuch prokommunistischer Elemente, im Bundesvorstand weitere Positionen zu gewinnen, zurückgewiesen.

Im Bundesvorstand der „Deutschen Friedensgesellschaft“ (DFG) haben die Kommunisten bei der Bundestagung im Oktober 1964 ihre Position verbessert. Im November 1964 verbreitete die DFG-Gruppe Düsseldorf eine Broschüre des kommunistischen „Internationalen Instituts für den Frieden“ in Wien.

In der Tätigkeit einiger pazifistischer Organisationen sind infolge der kommunistischen Infiltration die traditionellen Grundsätze der Gewaltlosigkeit und des Pazifismus zugunsten einseitiger tagespolitischer Aussagen und Aktionen verdrängt worden. Damit haben die Kommunisten ein Teilziel erreicht.

III. Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer

Die stark mit kommunistischen Funktionären durchsetzte „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN) arbeitet mit einer internationalen Dachorganisation, der „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer“ (FIR), zusammen, die ihren Sitz in Wien hat. Die VVN hat etwa 16 000 meist ältere Mitglieder.

Gemeinsam mit den ihr verbundenen KZ-Lagergemeinschaften machte sich die VVN auch im Jahre 1964 besonders die kommunistische These zu eigen, die Bundesregierung unternehme nichts gegen neo-nazistische Tendenzen, sie fördere im Gegenteil ehemalige Nazis. Um breite Kreise, vor allem Jugendliche, für die Arbeit der VVN zu interessieren, beschloß das Präsidium im November 1964, „Freundeskreise des deutschen Widerstandes“ zu bilden.

Die Wochenzeitung „Die Tat“ erschien 1964 in einer Auflage von etwa 16 000. Die VVN organisierte Gruppenreisen in die Sowjetzone und in das Ausland. Ihre größte Veranstaltung im Bundesgebiet war die Kundgebung „Nie wieder Krieg — Nie wieder Faschismus — Nie

wieder „Auschwitz“ am 29. September in Frankfurt. Dort erschienen 5 000 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet.

IV. Jugendorganisationen und Jugendarbeit

1. Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) unterhält in der Bundesrepublik seit dem Verbot keine eigene Organisation. Ihre sowjetzonale Zentrale bemüht sich, Kontakte zu Jugendorganisationen in der Bundesrepublik herzustellen, um das „offene deutsche Gespräch“ in Gang zu bringen. Zu diesem Zweck lud sie Jugendliche zu Studienfahrten, Erholungsaufenthalten, Aussprachen und Veranstaltungen in die Sowjetzone ein.

Der Erfolg war gering. FDJ-Delegationen versuchten vergeblich, vom Bundesjugendring und von Landesjugendringen empfangen zu werden.

Höhepunkt des „offenen deutschen Gesprächs“ sollte das „Deutschlandtreffen der FDJ Pfingsten 1964“ im Sowjetsektor Berlins sein. Nachdem die KPD und FDJ monatelang geworben hatten, erschienen etwa 5 000 Personen aus der Bundesrepublik. Mitglieder nichtkommunistischer Jugendorganisationen blieben dem Treffen fern. Den Kommunisten war besonders daran gelegen gewesen, Mitglieder und Funktionäre der Gewerkschaftsjugend und sozialistischer Verbände zu gewinnen. Das ist ihnen nur in unbedeutenden Einzelfällen gelungen.

2. Die Vorbereitungen der „IX. Weltjugendfestspiele“ (28. Juli bis 7. August 1965 in Algier) hatten 1964 im Bundesgebiet begonnen. Einem dafür gebildeten „Komitee“ gehörten die

früheren FDJ-Funktionäre Helmut Rödl und Karl Heinz Schröder, beide Offenbach, an.

Auch Pfarrer Herbert Mochalski, Frankfurt/Main, war Mitglied des Komitees. Sein Name wurde bei der Werbung herausgestellt. Das Komitee beabsichtigte, eine „Delegation der Bundesrepublik“ zusammenzustellen, die 700 Personen umfassen sollte.

V. Infiltration christlicher Kreise

Früher benutzten die Kommunisten ihre „Friedensorganisationen“, um auch auf christliche Kreise Einfluß zu gewinnen. In den letzten Jahren haben sie zu diesem Zweck besondere Organisationen geschaffen. Internationale Bedeutung hat die „Christliche Friedenskonferenz“ (CFK), die im Juli 1964 in Prag die „2. Allchristliche Friedensversammlung“ veranstaltete. Dort kam es in der Deutschlandfrage zu heftigen Auseinandersetzungen. Die Entschließungen der Versammlung wurden, auch soweit sie Kompromisse darstellen, von den Kommunisten als vorteilhaft angesehen.

Auch in anderen kommunistischen und kommunistisch infiltrierten Organisationen haben evangelische Theologen und Laien sowie einige katholische Persönlichkeiten mitgearbeitet. Die kommunistische Presse nutzt diese Mitarbeit propagandistisch aus.

In früheren Jahren hatten nur einige Außen-seiter aus christlichen Kreisen mit den Kommunisten zusammengearbeitet. Dagegen sind die Kommunisten durch die CFK auf breiterer Basis mit Vertretern christlicher Bewegungen ins Gespräch gekommen.

G. Tätigkeit in Berlin (West)

Die SED in Berlin (West) nennt sich seit 1962 „Sozialistische Einheitspartei Deutschlands — Westberlin“, wodurch sie dem kommunistischen Standpunkt entspricht, Berlin (West) sei staatsrechtlich ein selbständiges Gebiet.

1964 hatte die SED in Berlin (West) etwa 5 000 Mitglieder. In der „Druckhaus Norden GmbH“ besitzt sie eine eigene Druckerei, deren Stammkapital sie am 1. Januar 1964 von 400 000,— DM auf DM 1 100 000,— erhöhte.

1964 ist die „SED-Westberlin“ stärker als in früheren Jahren öffentlich hervorgetreten. Sie veranstaltete z. B. eine „Maifeier“ mit 3 000

Teilnehmern sowie zahlreiche Ausspracheabende, Vorträge, Rentnerversammlungen und Filmabende. Mehrfach störte die SED auch Veranstaltungen demokratischer Organisationen. Das hätte sie kurz nach dem Bau der Mauer weder aus politischen Gründen wagen noch organisatorisch bewältigen können.

Ihre wichtigsten Hilfsorganisationen sind: die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) mit 400 Mitgliedern, die „Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft“ (GDSF) mit 5 000 und der „Demokratische Frauenbund Berlin“ (DFB) mit 2 000 Mitgliedern. Zahlreiche Personen gehören mehreren Organisationen an.

Nach dem Bau der Mauer war die „SED-Westberlin“ zunächst von der Bevölkerung isoliert. Seit 1962 hat ihre Aktivität jedoch ständig zugenommen: sie beteiligte sich am Wahlkampf (1962/63), durfte ihre Büros wieder öffnen und ihre Zeitung „Die Wahrheit“ herausbringen, die 1964 eine Auflage von 12 000 bis 15 000 und über 9 000 Abonnenten hatte.

GDSF-Funktionäre kauften 1964 zwei Kinos, die kommunistischen Propagandaveranstaltungen dienen.

Jugend- und Studentenorganisationen sowie kirchliche Kreise haben 1964 Funktionäre der SED und der FDJ sprechen lassen.

Damit hat die SED günstige Positionen gewonnen.

H. Tätigkeit sonstiger sowjetzonaler Organisationen

I. „Blockparteien“

Die „Blockparteien“ der Sowjetzone ¹⁾ bemühten sich, insbesondere Angehörige des westdeutschen Mittelstandes zu gewinnen. Zu diesem Zweck konzentrierten sie sich darauf: Kontakte zu Personen im Bundesgebiet zu vertiefen;

westdeutsche Bürger zu politischen Veranstaltungen in die Sowjetzone einzuladen;

durch ihre Funktionäre im Bundesgebiet für die Verständigung mit dem SBZ-Regime zu werben;

Agitationsschriften in die Bundesrepublik zu versenden (1964: über eine halbe Million) und

politische Informationen aus dem Bundesgebiet zu beschaffen.

Der LDPD und NDPD ist es 1964 zwar gelungen, mehr Personen als in früheren Jahren für ihre Veranstaltungen während der Leipziger Messen, der „Ostseewoche“ und den „Republikgründungsfeiern“ zu gewinnen. Ihre Funktionäre haben bei diesen Gelegenheiten die kommunistische Deutschlandpolitik mit liberalen, nationalen und christlichen Argumenten vertreten. Nennenswerte Erfolge sind den „Blockparteien“ aber auch 1964 versagt geblieben.

II. Arbeit gegen Gemeinden

Der „Deutsche Städte- und Gemeindetag“ der Sowjetzone hat 1964 seine Tätigkeit verstärkt. Westdeutsche Kommunalpolitiker wurden zu „kommunalpolitischen“ Veranstaltungen in die Sowjetzone eingeladen und mit Agitationsmaterial versehen. Einige Gemeindevertreter sind diesen Einladungen gefolgt. Erstmals seit dem Bau der Mauer sind leitende Funktionäre des „Deutschen Städte- und Gemeindetages“ und „Kommunaldelegationen“ zu politischen Gesprächen in das Bundesgebiet gekommen. Im Gegensatz zu sonstigen Kontakten, die sich politisch ausnutzen lassen, erlaubt die SBZ-Regierung echte kommunale Verbindungen nicht. Den Funktionären in den Kreisen und Bezirken der SBZ ist es z. B. untersagt, von sich aus über kommunalpolitische Probleme wie Katastrophenhilfe, Wasser-Feld-Flurfragen oder über den kleinen Grenzverkehr mit Kommunalpolitikern der Bundesrepublik zu verhandeln.

Auch auf diesem Gebiet ist es den Kommunisten nur in Einzelfällen gelungen, persönliche Kontakte zu Kommunalpolitikern der Bundesrepublik zu gewinnen. Politische Erfolge hatten sie nicht.

J. Entwicklung des Reiseverkehrs über die Demarkationslinie

Die SED und die KPD führten ihre Angriffe gegen die verfassungsmäßige Ordnung der Bundesrepublik überwiegend vom Sowjet-

sektor Berlins und von der Sowjetzone aus. Dabei hat der Reiseverkehr über die Demarkationslinie erhebliche Bedeutung. Häufig wurden Agenten unter Ausnutzung dieses Verkehrs über die Demarkationslinie eingeschleust.

¹⁾ Blockparteien sind:

„Liberal Demokratische Partei Deutschlands“ (LDPD),

„National Demokratische Partei Deutschlands“ (NDPD),

„Christlich Demokratische Union Deutschlands“ (CDUD) und

„Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD).

I. Umfang

Seit 1962 hat dieser Verkehr ständig zugenommen, wie die folgende Statistik zeigt:

	Reisen in die SBZ		Reisen in die BRD	
1962	700 000	Personen	17 602	Personen
1963	1 268 029	Personen	18 162	Personen
1964	1 706 439	Personen	36 600	Personen
			dazu	
			415 278	Rentner

II. Reiseverkehr in die Sowjetzone

Tausende von Besuchern der Sowjetzone nahmen an kommunistischen Veranstaltungen teil (z. B. am „Deutschlandtreffen“ im Sowjetsektor Berlins, an der „Ostseewoche“ in Rostock, an den „Arbeiterkonferenzen“ in Leipzig). Andere Reisende suchten nachrichtendienstliche oder politische Führungsstellen auf, nahmen an politischen Schulungen teil oder verbrachten ihre Ferien in Heimen und Lagern kommunistischer Organisationen. In zahlreichen Fällen ist auch versucht worden, Personen, die aus privaten Gründen in die Sowjetzone reisten, zu subversiven oder nachrichtendienstlichen Zwecken anzuwerben.

Obwohl der Reiseverkehr in die Sowjetzone zugenommen hat, ist die Zahl der Teilnehmer an kommunistischen Veranstaltungen nicht wesentlich gestiegen. Auch die Zahl der Veranstaltungen hat nicht zugenommen. Die mei-

In „Panorama“-Sendungen des Deutschen Fernsehens wurde mit — geschätzten — hohen Zahlen von Ermittlungsverfahren wegen Staatsschutzsachen (20 000 bis 50 000) für das Jahr 1963 operiert. Diesen Schätzungen sind für das Jahr 1964 folgende amtliche Zahlen gegenüberzustellen:

I. Im Bereich des strafrechtlichen Staatsschutzes waren am 1. Januar 1964 in Bund und Ländern insgesamt 2 642 *staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren* anhängig (wegen Hochverrats 11, wegen Staatsgefährdung 812 und wegen Landesverrats 1 819). Im Laufe des Jahres 1964 wurden 6 647 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren eingeleitet (wegen Hochverrats 0, wegen Staatsgefährdung 3 095, wegen Landesverrats 3 552). Von diesen insgesamt 9 289 staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsverfahren haben im Jahre 1964 noch im Ermittlungsstadium 6 505 Verfahren ihre Erledigung gefunden, und zwar durch Einstellung 5 019 (= 54,03 %; die Einstellungsquote in

sten Teilnehmer waren schon wiederholt zu solchen Veranstaltungen gereist; verhältnismäßig wenige Personen waren erstmalig in der Zone.

III. Reiseverkehr in die Bundesrepublik

80 Prozent der Personen aus der SBZ, die in das Bundesgebiet reisten, waren Wirtschaftsfunktionäre, Ingenieure, Monteure und Kraftfahrer im Güterverkehr. Sie hatten Aufträge im Zusammenhang mit dem Interzonenhandel.

Seit 1963 kommen sowjetzonale Funktionäre wieder häufiger als in den ersten Jahren nach dem Bau der Mauer in das Bundesgebiet. Im Jahre 1964 sind über 150 sowjetzonale Funktionäre *offen* mit politischen Aufträgen in das Bundesgebiet gereist; im Jahre 1963 waren es rd. 50. Sie beteiligten sich an Veranstaltungen kommunistischer und anderer Organisationen in der Absicht, die Eigenstaatlichkeit der SBZ zu demonstrieren, oder nahmen anderweitig kommunistische Interessen wahr.

Die Zahl sowjetzonaler Gelehrter, die zu wissenschaftlichen Kongressen, Studienzwecken und Einzelbesprechungen in das Bundesgebiet reisten, hat sich von 150 im Jahre 1963 auf 600 im Jahre 1964 erhöht. Ferner sind erheblich mehr Künstler, Orchester und Ensembles zu Gastspielen in die Bundesrepublik gekommen.

K. Strafverfahren in Staatsschutzsachen

der allgemeinen Kriminalität beträgt ebenfalls rund 55 %), auf andere Weise 1 486. — 333 Ermittlungsverfahren sind in gerichtliche Verfahren übergeführt worden.

Am 31. Dezember 1964 waren mithin in Bund und Ländern *einschließlich* der noch zu erwähnenden vorläufig eingestellten Verfahren 2 451 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wegen Staatsschutzstraftaten anhängig, und zwar wegen Hochverrats 10, wegen Staatsgefährdung 760 und wegen Landesverrats 1 681. Von diesen 2 451 Ermittlungsverfahren waren 1 273 — also mehr als die Hälfte — vorläufig eingestellt, weil die Beschuldigten sich — meist in die SBZ — abgesetzt hatten. Erfahrungsgemäß ist kaum jemals damit zu rechnen, daß diese Verfahren wieder aufgenommen werden können. Sie sind deshalb praktisch als erledigt anzusehen. Tatsächlich wurden somit lediglich 1 178 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren betrieben (wegen

Hochverrats 2, wegen Staatsgefährdung 522 und wegen Landesverrats 654).

II. *Gerichtliche Verfahren*, d. h. Verfahren, in denen die öffentliche Klage entweder durch einen Antrag auf gerichtliche Voruntersuchung oder durch Einreichung einer Anklageschrift erhoben wird, waren am 1. Januar 1964 in Bund und Ländern insgesamt 411 anhängig (wegen Hochverrats 24, wegen Staatsgefährdung 160 und wegen Landesverrats 277). Im Laufe des Jahres 1964 wurden 333 gerichtliche Verfahren anhängig. Im Jahre 1964 sind von diesen insgesamt 744 gerichtlichen Verfahren 391 abgeschlossen worden. Am 31. Dezember 1964 waren noch 353 gerichtliche Verfahren anhängig, und zwar wegen Hochverrats 21, wegen Staatsgefährdung 121 und

wegen Landesverrats 211. Von diesen 353 gerichtlichen Verfahren waren 109 vorläufig eingestellt. Tatsächlich im Gange waren nur 244 gerichtliche Verfahren, und zwar wegen Hochverrats 3, wegen Staatsgefährdung 94 und wegen Landesverrats 147.

III. *Rechtskräftig verurteilt* wurden im Jahre 1964 eine Person wegen Hochverrats, 105 Personen wegen Staatsgefährdung und 194 wegen Landesverrats. Am 31. Dezember 1964 haben sich sieben Personen wegen Staatsgefährdung und 64 wegen Landesverrats in Straftat befunden.

In den Zahlen, die Fälle der Staatsgefährdung betreffen, sind auch Verfahren und Urteile wegen rechtsradikaler Betätigung enthalten.

L. Gesamtbeurteilung

Die deutschen Kommunisten konnten auch im Jahre 1964 die innere Sicherheit der Bundesrepublik nicht ernstlich gefährden, obwohl sie durch die SED und andere kommunistische Parteien materiell und ideell unterstützt wurden. Dennoch ist die kommunistische Agitation gegen die Bundesrepublik, die von allen kommunistischen Parteien und Mächten unterstützt wird, ein gewichtiger politischer Faktor. Im Innern der Bundesrepublik hat die KPD durch ihre „offene Arbeit“ mehr Erfolg errungen, als ihr je seit dem Parteiverbot beschieden war. Insbesondere hat sie eine öffentliche Diskussion über die Aufhebung des Parteiverbotes zustandegebracht und auch begonnen, die Abneigung eines Teils der Bevölkerung gegen das SBZ-Regime aufzulockern. Ihre Argumente gegen die Beteiligung der Bundesrepublik an der atomaren Bewaffnung und gegen die Notstandsgesetze fielen vorwiegend bei pazifistischen Organisationen auf fruchtbaren Boden.

Die Arbeiterschaft hat es, ebenso wie die überwiegende Mehrheit der übrigen Bevöl-

kerung, auch 1964 abgelehnt, auf kommunistische Annäherungsversuche einzugehen. Ebenso wenig haben kommunistische Hilfsorganisationen Resonanz in breiten Schichten gefunden. Trotz des verstärkten Reiseverkehrs in beiden Richtungen und intensiver Werbung haben die Kommunisten nur wenige neue Anhänger im Bundesgebiet gewinnen können. Zahl und Zusammensetzung der Teilnehmer an sowjetzonalen Veranstaltungen sind etwa gleich geblieben.

Das Verbot der KPD trägt dazu bei, die Kommunisten an der Entfaltung ihrer Propagandamöglichkeiten zu hindern, die sie sonst benutzen würden, sich aus ihrer Isolierung zu befreien. Abschreckende Erfahrungen, die das deutsche Volk in der Vergangenheit gewonnen hat, die Kenntnis der Verhältnisse in der Sowjetzone und die Anziehungskraft der freiheitlich-demokratischen Ordnung sind neben der günstigen Wirtschaftslage Ursachen des kommunistischen Mißerfolgs.